Nr. 218. Halle (Saale), Dienstag, den 17. September 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Preis: 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug als Postzeitungsgebühr monatlich — Mk., vierteljährl. 3.— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Postzeitungsgebühr extra. Für Kriegsurlauber 20 Pfg. Bringerlohn monatlich.

Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmittags.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto Leipzig Nr. 1618.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene, 35 mm breite Kolonelzeile kostet 35 Pfg. Der Preis für die 2½ mm breite Reklamezeile beträgt 1.— Mk.

Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher, erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1046. Sprechstunden: vormittags von 11 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen wolle man nur an den Verlag, Fernspr. Nr. 1047.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 17. Sept. 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern rege Erkundungstätigkeit. Südlich von Ypern scheiterten Teilangriffe des Feindes. An der Kanalstellung brachten pommersche Grenadiere von erneuten Vorstößen gegen den Feind bei Sauchy—Cauchy Gefangene zurück. In der Gegend von Havrincourt steigerte sich der Artilleriekampf am frühen Morgen vorübergehend zu großer Stärke; keine Infanteriegefechte.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Zwischen Ailette und Aisne dauerten die heftigen Angriffe des Feindes fort. Wir nahmen den Ostrand der Höhe östlich von Bauraillon, auf der der Feind Fuß faßte, wieder. An der von Laffaux nach Osten führenden Straße drückte uns der Feind etwas zurück. Am Nachmittage nach stärkstem Artilleriefeuer erneut vorbrechende Angriffe des Feindes scheiterten an den Gegenstößen der hier kämpfenden Hannoverschen, Braunschweigischen und Oldenburgischen Reserve-Regimenter. Sie schoben am Abend ihre Linien zum Teil wieder vor. Auch die südlich anschließende Brandenburgische 5. Infanterie-Division schlug mehrfach durch Panzerwagen unterstützte Angriffe des Feindes ab. Im Südteil von Bailly dauerten Kleinkämpfe an. In der Champagne wurde ein nächtlicher Vorstoß des Feindes südlich von Ripont abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz. An der Cotes Lorraine, bei St. Hilaire und westlich von Ivuville führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Teilangriffe des Gegners gegen Haumont und nordöstlich von Thiaucourt wurden abgewiesen. Die Artillerietätigkeit beschränkte sich auf Störungsfeuer.

Wir schossen gestern 44 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Kroner errang seinen 40., Leutnant Kumeh seinen 35. und Leutnant Thom seinen 30. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Engländer-Angriffe an der Cambraifront.

Berlin, 16. September. (Offiziös.) An der Cambraifront setzt der Engländer seine Angriffe fort. Allerdings hat es den Anschein, als ob die Stoßkraft seiner Truppen durch die acht Tage hindurch fast ohne Unterbrechung fortgesetzten Anstürme bereits gelitten hat. In dem durch den täglichen Granathagel zerrissenen, durch Regengüsse aufgeweichten, versumpften Gelände gleiten seine Tanks und werden unverwendbar, während seine Infanterie, wiederholt im Schlamm versinkend, vergeblich sich gegen die deutschen Stellungen vorzuarbeiten sucht. Die Angriffe, die der Engländer am 15. ansetzte, gerieten zwischen Harrincourt und Gouzeaucourt im deutschen Vernichtungsfeuer zu Teilvorstößen und brachen trotz des Einsatzes zahlreicher, tiefliegender Schlachtflieger zusammen. In dem nach Süden anschließenden Abschnitt von Gouzeaucourt bis Epehy kamen sie im deutschen Abwehrfeuer nicht zur Entwicklung.

Mit gleicher Zähigkeit greifen die Franzosen zwischen Ailette und Aisne weiter an. Am Vormittag des 15. versuchten sie südlich der Straße Soissons—Laon vergeblich vorzugehen. Am Abend folgte dann nach mehrstündigem heftigsten Artilleriefeuer ein geschlossener Angriff. In dem zerklüfteten waldigen Hügellande wurde erbittert gerungen und die Franzosen von der Höhe östlich Bauraillon wieder heruntergeworfen. Rücksichtslos setzte Foch hier an dem Angelpunkte des Chemin-des-Dames seine Divisionen ein, um in den Ailette-Grund einzubrechen. Die französischen Verluste sind demgemäß schwer. Das gleiche trifft, laut übereinstimmenden Truppenmeldungen und Gefangenenaussagen, auf die französischen Angriffe zwischen Ailette und Vesle zu. Hier wurden außerdem 200 Gefangene von drei verschiedenen Divisionen gemacht und 24 Maschinengewehre eingebracht. Das Dorf Clennes, das die Senegalesen am 13. hatten erobern können, wurde ihnen am 15. wieder entrissen.

Zwischen der Cote Lorraine und der Mosel fühlen Franzosen und Amerikaner gegen die neue deutsche Stellung vorsichtig vor. Den Mißerfolg, den die geplante Abschnürung der deutschen Divisionen im St. Mihiel-Bogen erlitt, suchen die Amerikaner durch täglich sich steigernde maßlos übertriebene Gefangenen- und Beutezahlen zu verwischen.

Französischer Bericht vom 15. September abends. Südlich von der Oise hat der Feind sich abermals mit Gegenangriffen zur Wehr gesetzt; unsere Stellungen sind restlos gehalten worden. Im Laufe des Tages haben wir uns der Hochfläche östlich von Bauraillon bemächtigt; weiter südlich ist das Gehöft Menneseau überschritten worden, ebenso haben wir die Kuppe nordöstlich von Celles überschritten. Die Anzahl der seit gestern früh bis jetzt an der Aisne gemachten Gefangenen überschreitet, so weit bis jetzt gezählt, 3500.

Amerikanischer Bericht vom 15. September abends. Wachsende Tätigkeit der Artillerie und der Flieger im Abschnitt von St. Mihiel. Bei Tagesanbruch hat der Feind bei St. Hilaire einen Gegenangriff gemacht, ist aber mühelos abgeschlagen worden und hat eine Anzahl von Gefangenen in unseren Händen gelassen. Auf dem linken Moselufer sind unsere Linien um ein bis zwei englische Meilen (1600, bzw. 3200 Meter) vorgeschoben worden und begreifen nunmehr Villecey und Norroy mit ein. Gelegentlich der Vorschiebung unserer Linie bis jenseits von Jaulny haben wir 72 weitere, bei seinem überstürzten Rückzuge vom Feinde zurückgelassene Geschütze erbeutet, was die Gesamtzahl der bis heute genommenen Geschütze auf mehr als 200 bringt.

Von den U-Booten versenkt. Berlin, 16. September. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Seekriegsschauplatze verlor der Feind durch die Tätigkeit unserer U-Boote weitere 8000 B.-R.-T. Schiffsraum. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 16. September. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden von unseren U-Booten 7000 B.-R.-T. versenkt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Großer englischer Dampfer torpediert. London, 16. Sept. (Reuter-Meldung.) Der Union Castle Dampfer Galway Castle, 7988 B.-R.-T., der Dienstag von England nach Südafrika abgefahren ist, ist am Donnerstag morgen torpediert worden. 84 Mann der Besatzung und 120 Passagiere werden vermißt. Der südafrikanische Eisenbahnminister Burton wurde gerettet. Hunderte wurden durch Rettungsboote bei stürmischer See gelandet. — Der Torpedo traf zwischen Maschinen- und Heizraum. Es wurde bis zum Oberdeck aufgerissen und drohte in zwei Teile zu brechen. Ein U-Boot wurde von einer großen Woge auf die sich drehenden Schraubenflügelpropeller geschleudert, die es in Stücke rissen. Ein zweites U-Boot ist nur mit Mühe demselben Schicksal entgangen. Die Galwan Castle hatte 749 Passagiere, wovon die größte Mehrheit aus Frauen und Kindern bestand.

Der interalliierte Arbeiterkongreß in London.

Die Haltung der italienischen und französischen Sozialisten.

Der Vorstand der französischen Partei hat als Delegierte für die am 17., 18 und 19. September in London stattfindende Interalliierten-Konferenz die Vertreter der früheren Minorität, Bourderon, Longuet und Mistral und die Vertreter der früheren Majorität, Albert Thomas und Renaudel, bezeichnet. Im Populaire bedauert die linkssozialistische Genossin Marianne Rauze, daß man überhaupt an dieser Gompers-Konferenz teilnehme. Sie führt das bisher verheimlichte Schreiben des italienischen Parteivorstandes vom 21. August an, der bereits vor dem Parteitag eine ablehnende Haltung eingenommen hat. Der italienische Parteivorstand legt die Gründe dar, warum er die Teilnahme ablehnt. Die Konferenz finde auf Anregung Gompers, des Präsidenten der amerikanischen Arbeiterföderation, statt, welche der Internationale nicht angehört und von den sozialistischen Prinzipien und Methoden, welche die Haltung in der Kriegsfrage bestimmen sollen, weit entfernt sei. Die Konferenz könne kein praktisches Resultat ergeben außer etwa die Erteilung des sozialistischen Bürgerrechts an die Gompersche Kriegstreiberei. Weiter nehmen an der Konferenz pseudosozialistische Parteien teil, welche während des Krieges improvisiert wurden und mit denen die wahrhaft sozialistischen und internationalistischen Parteien jeden Kontakt vermeiden müssen, so z. B die Unione Socialista Italiana. Andererseits sind legitime Vertreter sozialistischer, an die Internationale angeschlossene Parteien, wie die amerikanische Socialist Party und die russische Sozialdemokratie ausgeschlossen. In diesem Schreiben finden wir auch den Satz, den die italienische Zensur aus der Resolution des italienischen Parteivorstands gestrichen hat. Er bezeichnet als Hauptaufgabe der Herstellung von internationalen Beziehungen zwischen den Sozialisten, die jedem Burgfrieden feindlich gegenüberstehen, die Koordinierung des Kampfes der Arbeiter der ganzen Welt für den sofortigen Frieden und gegen das bürgerlich-kapitalistische Regime. Die Genossin Rauze verlangt auf jeden Fall von den nach London gehenden Vertretern der früheren Minorität, sie sollen entschlossen Stellung nehmen gegen Gompers für die russische Revolution.

•

Rücktritt Renaudels von der Humanité. Genf, 15. Sept. Der Deputierte Renaudel hat in einem Schreiben an den Schriftführer der sozialistischen Partei angekündigt, daß er von der Leitung des Parteiblattes, der Humanité, die er seit dem Tode Jaurès' innegehabt hatte, zurücktritt.

•

Die skandinavische Arbeiterkonferenz.

Kopenhagen, 14. September. Die in diesen Tagen hier abgehaltene skandinavische Arbeiterkonferenz hat gestern ihre Beratungen abgeschlossen und mehrere Beschlußanträge angenommen. In einem dieser Anträge wurde die Zustimmung zu den von der Gewerkschaftskonferenz in Bern im Jahre 1917 gefaßten Beschlüssen ausgesprochen, namentlich zu der Aufforderung, alles zu tun, um baldmöglich die bestehenden durch den Krieg geschaffenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeiterorganisationen zu beseitigen und die internationalen Arbeiterbeziehungen wieder herzustellen. Ein anderer Beschlußantrag spricht die Sympathien mit den finnischen Arbeitern aus und fordert die skandinavischen Arbeiterorganisationen auf, den finnischen Arbeitern vorläufig 30 000 Kronen als Unterstützung zuzustellen, wozu die Arbeiterorganisationen der drei nordischen Länder je 10 000 Kronen beitragen.

Rußland.

Die Kämpfe an der Uralfront. Wie der Helsingforser Vertreter des Hamb. Fremdenblattes drahtet, scheint der Sieg der Sowjet-Truppen an der Uralfront sich zu einem entscheidenden zu entwickeln. Durch die Einnahme der wichtigen Städte Ufalsk und Samara durch die Sowjettruppen wurden die ententistischen Regierungen, die in diesen beiden Städten ihren Sitz hatten, vertrieben. Ebenso befand sich in Samara der ententetreue Rest der konstituierenden Versammlung. Samara war weiter das Hauptquartier der Tschecho-Slowaken, die in immer größerer Zahl zu den Bolschewiki überlaufen. Es herrschen bei ihnen anarchistische Zustände und eine verzweifelte Stimmung gegen die Entente.

Kiew, 15. September. Der Vorstoß der Bolschewiki westlich von Zarizin dauert an. Auf den anderen Fronten finden für die Kosaken günstige Kämpfe statt. Die Freiwilligen-Armee besetzte Tuapse. In den Gebieten von Armawir, Gulkewitsch und Stawropol fanden erfolgreiche Kämpfe statt. Letzte Nachrichten melden die Einnahme von Maikops.

Das Kommando der Freiwilligen-Armee ordnete die Ausweisung Suworins, des Herausgebers der Weißlakeneje Mremja aus dem Gebiet der Armee an.

Die österreichische Friedensnote.

Stimmen aus der Entente.

Soweit sich bis jetzt in der deutschen wie in der ausländischen Presse der Eindruck der Burian-Note feststellen läßt, besteht leider so gut wie keine Hoffnung, daß das Friedensangebot Oesterreichs die Ententeregierungen bewegen wird, ernsthaft darauf einzugehen. Vor allem findet die Ententepresse in der Erklärung, die der deutsche Vizekanzler v. Payer in seiner Stuttgarter Rede neuerdings wieder über den Friedenom Brest-Litowsk abgab, einen wirksamen Vorwand zur Ablehnung von Friedensbesprechungen. Die Entente sieht in dem bedenklichen Satze der v. Payerschen Rede: Im Osten sei Frieden und bleibe Frieden, ab das nun den Feinden gefalle oder nicht, eine Festlegung der deutschen Regierung in dem Sinne, daß diese sich weigere, auch die Regelung der Ostfragen auf die Tagesordnung der von Oesterreich angeregten Besprechung setzen zu lassen. Diese Weigerung wäre aber für den österreichischen Vorschlag das Todesurteil.

Um die Wirkung einer solchen Weigerung auf die Gegenseite zu verstehen, muß man sich einmal vorstellen, die Entente erklärte, sie sei zwar bereit, in eine Besprechung einzutreten, doch dürften die deutschen Kolonien, Palästina und Mesopotamien nicht mehr erwähnt werden, das sei und bleibe eine erledigte Sache, ob es nun Deutschland so gefalle oder nicht. Welcher Sturm würde sich über eine solche Antwort der Gegner in der deutschen Presse erheben, welche Fülle von Kraftausdrücken würde dazu angewendet werden, um den verblendeten Hochmut, die krasse Unverschämtheit der Gegner ins rechte Licht zu stellen. Oder man nähme weiter an, in dem Augenblick, in dem man an den Konferenztisch gehen soll, würde England die dauernde Loslösung Palästinas, Arabiens und Mesopotamiens von der Türkei proklamieren und einen englischen Prinzen als Gouverneur da hinunter schicken. Nicht nur alldeutsche Blätter würden dann behaupten, daß England darauf ausgehe, den Mittelmächten einen „Schlachtsieg" aufzuerlegen. Man begreift also das üble Vorspiel, das die Antwort auf Burians Note in der englischen Kritik der Rede Payers gefunden hat. Die ganze Presse, vom radikal-pazifistischen Flügel bis zu den Konservativen, ist einmütig der Ueberzeugung, daß es keinen Frieden geben könne, solange sich Deutschland weigere, in die Regelungen einer allgemeinen Weltkonferenz auch die Ostfragen mit einzubeziehen.

Solange also die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit dazu nicht offen und unzweideutig zu erkennen gibt, dürfte an eine ernsthafte Einleitung von Friedensbesprechungen kaum zu denken sein. In Oesterreich ist man daher auch verstimmt darüber, daß die deutsche Regierung hier ihre eigenen Wege geht und damit gewissermaßen die österreichische Friedenspolitik lahmgelegt; die Wiener Neue Freie Presse gibt dem in dieser Meinung auch ziemlich unverblümten Ausdruck. — Wie aus Wien versichert wird, war die deutsche Regierung über Oesterreichs Absichten rechtzeitig unterrichtet. Sie hat sie aber offenbar nicht zu den ihren gemacht, weil sie sich angeblich keinerlei Wirkung davon versprach. Nun da Oesterreich den Friedensschritt gleichwohl unternommen hat, fühlt sich natürlich auch die deutsche Regierung für verpflichtet, ihn zu unterstützen. Das hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ja bereits erklärt. Aber dieses nachträglich, gleichsam erst gezwungene Mittun der deutschen Regierung vermag natürlich dem Vorgehen Oesterreichs nicht eben Nachdruck und Wucht zu geben. Läßt es doch nur allzu deutlich die diplomatische Verwirrung erkennen, die unzweifelhaft zwischen Deutschland und der Donaumonarchie besteht. Auch hier klare Bahn zu schaffen und der Regierung die zu beschreitenden Wege weisen, das müßte Pflicht des deutschen Reichstages sein, wenn er seine Aufgabe richtig begriffen hätte. Aber er läßt es sich ruhig gefallen, daß man ihn in den wichtigsten Fragen der Kriegspolitik stets vor vollendete Tatsachen stellt. So steuert man eben gemächlich im alten Zickzackkurs weiter, und wundert sich dann noch, wenn man nichts als politische Mißerfolge erntet!

•

Aus Frankreich wird berichtet: Genf, 16. Sept. Bis Sonntag abend waren, wie aus Paris gemeldet wird, der französische Ministerpräsident Clemenceau und der Chef d'Orsay im Besitz von irgendeiner zunächst telegraphischen Uebermittlung der k. u. k. Note durch eine neutrale Macht. Später wurde die Originalnote überreicht.

Viviani erklärte seinen politischen Freunden, die Linksparteien hätten sich Garantien verschafft, daß diesmal das feindliche Angebot vor seiner Beantwortung in aller Form zur Beratung überwiesen werden soll. Die Frage der Kriegskredite hängt nunmehr schon wegen der Haltung der sozialistischen Mehrheit unlösbar von der Art der Behandlung des Verhandlungsangebotes durch die französische Regierung ab, womit natürlich nicht gesagt sei, daß die Regierung das Angebot annehmen müsse. Niemand, auch die Sozialisten nicht, wolle etwa die Freiheit des interalliierten Kriegsrates verkürzen, der voraussichtlich die Antwort festlegen werde. Die Antwort müsse aber im Einklang mit dem Willen des französischen Volkes stehen.

Das Blatt Clemenceaus Homme libre meldet seinen Lesern in großen Buchstaben: „Das Friedensmanöver

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180917-19/fragment/page=0001

wird sichtbar". — Gegen diese Art, den Friedensvorschlag eines Gegners von vornherein zu diskreditieren, wendet sich mit ungewöhnlicher Schärfe der sonst weit rechts stehende Renaudel in der Humanité. Es genüge nicht, schreibt Renaudel, die erwartete Erklärung einfach als Friedensmanöver abzutun, sie sei vielmehr eine Mahnung an die Verbündeten. Wenn wir diese nicht Rechnung tragen, dann werde man die Mißstimmungen wiederkehren sehen, die nicht gänzlich beseitigt seien, da über das Schicksal der Czernin'schen Friedensaktion und der von Kaiser Karl eingeleiteten Versuche öffentliche Erklärungen fehlten. „Wir können," fährt Renaudel fort, „nicht oft genug wiederholen, daß die Schweigepolitik für die Verbündeten die schlimmste und kurzsichtigste ist.

Aus England. London, 16. Sept. Reuter. Daily Chronicle schreibt: Niemand, der einen Funken von Mitgefühl besitzt, würde auch nur für einen einzigen Tag die Fortsetzung der Agonie dieses Krieges wünschen, wenn sie nicht absolut notwendig ist. Aber nach allen ihren Leiden beabsichtigen die Ententemächte nicht, sich mit einem Scheinfrieden abspeisen zu lassen, der nur einen neuen Krieg zu einem Zeitpunkt der den Militaristen Mitteleuropas genehm wäre, bedeuten würde. Die freien Nationen der Welt sind entschlossen zusammenzuhalten, bis die unselige Drohung endgültig beseitigt ist. Das ist unmöglich, bis der gewaltige deutsche Militarismus zerschmettert ist.

Daily Expreß erklärt: Die österreichische Friedensnote bringt den wahren Frieden nicht näher. Die vorläufigen Friedensbedingungen wurden von den Alliierten immer wieder mitgeteilt. Es sind: Die Zurücknahme deutscher Truppen aus Belgien und Frankreich, die Aufhebung der Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest, Bürgschaften für Wiederherstellung und Entschädigung sowie die Anerkennung des Rechts aller Völker auf Selbstbestimmung. In der österreichischen Note befindet sich nicht die geringste Andeutung, daß die Mittelmächte irgendeiner dieser vorläufigen Bedingungen zustimmen werden. Wenn man die Note ihres Wortgepränges entkleidet, bleibt nichts als die bloße Einladung zu einer gemeinsamen Konferenz, auf der Geschäfte abgeschlossen und die Vernichtung des Militarismus vielleicht abgewendet werden können.

Aus Amerika. Neuyork, 15. Sept. (Reutermeldung.) Amtliche Regierungskreise lassen bekannt werden, daß gegenüber der in der Presse erschienenen Fassung des österreichisch-ungarischen Angebots nur eine Antwort möglich sei, und das sei der Schlußsatz aus Wilsons Rede in Baltimore im April: Deshalb ist für uns nur eine Antwort hierauf möglich: Gewalt, Gewalt bis zum Aeußersten! Gewalt ohne Beschränkung und Begrenzung!

Italienische Blätter nennen die Wiener Note die Krönung der jetzigen Friedensoffensive der Mittelmächte. Die heutige Form sei feierlicher als die früheren Friedensangebote und stehe ein Eingehen auf das Friedensprogramm der Entente erkennen.

Stimmen der neutralen Presse. Der Berner Bund begrüßt die Note, die sich an Freund und Feind richtet und nicht die kriegführenden Lager einander gegenüberstellt, sondern zur Menschlichkeit der ganzen Welt spricht. Der Zeitpunkt sei gut gewählt, weil auf dem Kriegsschauplatz das militärische Gleichgewicht nach den Erfolgen der Entente hergestellt sei.

Das Berner Tagblatt fragt sich, ob die Alliierten auch diese Anregung ablehnen werden. So groß auch diese Gefahr sei, sollte man es doch kaum für möglich halten, daß eine sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gegenwart und der Zukunft bewußte Regierung irgendeine Gelegenheit, sich über die Möglichkeiten der Kriegsbeendigung auszusprechen, einfach von der Hand weise, und wären diese Möglichkeiten auch noch so schwach. Ein baldiger Friede liege auch im Interesse aller Neutralen.

Politische Uebersicht.

Der Hauptausschuß tritt zusammen.

Die Einberufung des Hauptausschusses, die für die erste Oktoberwoche geplant war, wird nun vielleicht schon früher erfolgen. Es ist möglich, daß der Ausschuß, sagt der L.-A., schon in der letzten Septemberwoche zusammentritt. Entschieden ist hierüber jedoch noch nichts. Ebenso ist es noch gänzlich unbestimmt, ob das Plenum früher als vorgesehen zusammentreten soll. Die Meinungen darüber sind geteilt. Für die Beurteilung der politischen Lage und die daraus zu ziehenden Folgerungen wird in erheblichem Maße auch die Wirkung ins Gewicht fallen, die der Friedensschritt Oesterreich-Ungarns auslösen wird.

Entgegen der ursprünglichen Vereinbarung der interfraktionellen Ausschüsse, schreibt die Voss. Ztg., tritt der Hauptausschuß des Reichstages erst am 24. September zusammen. Inzwischen werden die Besprechungen der Mehrheitsparteien untereinander, der einzelnen Parteien, der Parteien mit der Regierung weitergehen, obgleich der interfraktionelle Ausschuß zunächst gestern seine Beratungen als geschlossen bezeichnete.

Und wann wird nun der Reichstag endlich zusammentreten?!

Lensch und die Alldeutschen.

In der Glocke schreibt der Imperialist Paul Lensch einen Aufsatz, in dem er über die Stellung der Regierung zu den Alldeutschen folgende Bemerkung macht:

„Eine Regierung, die der Situation des Weltkrieges wirklich gewachsen gewesen wäre, hätte die alldeutsche Bewegung sehr gut politisch benutzen können, wenn nicht als Stimmvieh, so doch als Bellvieh, wie Bismarck es zu tun pflegte, wenn er „die ganze Meute läuten" ließ. In gewissen homöopathischen Dosen wäre bei einer gleitenden, zum Frieden entschlossenen Politik zur Gluffung des Gegners die alldeutsche Kriegsraserei vielleicht verwendbar gewesen."

Einen derartigen blühenden Blödsinn kann nur der schreiben, der die Dinge vom Standpunkt einer autoritativen, ja absolutistischen Regierung aus sieht. Niemals darf eine demokratische Regierung, deren oberstes Erfordernis Aufrichtigkeit nach außen wie nach innen ist, mit Bluffs arbeiten. Die Empfehlung des Bluffs zeigt die Geisteörichtung Lenschs. Und welche Verkennung der Tatsachen, daß das Treiben der Alldeutschen fördernd auf den Friedenswillen der Entente einwirken könne! Als ob nicht der Gang der Ereignisse längst das Gegenteil bewiesen habe. Herr Lensch sieht zwar jetzt in den Alldeutschen eine Gefahr für Deutschland, in Wahrheit aber ist er selbst ihr Bundesgenosse

Ein österreichisches Urteil über Oesterreich.

In Oesterreich ist ein ungeheurer Skandal ans Tageslicht gekommen. Das Ackerbauministerium hat in den Jahren 1915—1918 die gesamte Holznutzung der Staatsforsten in Galizien an einzelne Privatfirmen zu den niederen Friedenspreisen abgegeben — trotz der herrschenden Kriegspreise. Nun muß der Staat, der zum Wiederaufbau Galiziens etwa 7 Millionen Kubikmeter Holz gebraucht, das Holz von den privaten Firmen zu den fünfzehnfachen des Verkaufspreises zurückkaufen. Durch diesen Zwischenhandel zugunsten der Holzhändler verliert der österreichische Staat rund eine Milliarde Kronen. Diese Milliarde geht also auf Kosten der Steuerzahler, während sich die Holzhändler daran bereichern. Aehnliche ungeheuerliche Schiebungen des Ackerbauministeriums sollen auch in der Bukowina und den Alpenländern vorgekommen sein. Die Erregung darüber in Oesterreich ist ungeheuer. Der Skandal hat das Wiener Fremdenblatt, bekanntlich das offiziöse Organ des Ministeriums des Aeußeren, zu folgenden Betrachtungen über die Zustände in Oesterreich veranlaßt:

„Ein Milliardenbetrug, wie er krasser in der kühnsten Phantasie nicht ausgedacht werden kann, ist verübt worden, ein dreifacher, in der Zeit der allgemeinen Not um so schärfer zu verurteilender Wucher, dessen Aufdeckung entweder eine bodenlose Dummheit und Unfähigkeit oder eine Korruption offenbart, deren wir Oesterreich denn doch nicht für fähig gehalten hätten. Es fehlen die Worte der Entrüstung über ein Vorgehen der Behörden, das einerseits der Allgemeinheit Güter in ungeheurem Wert entzieht, um sie einzelnen zu überantworten, die sich den Einfluß auf die kompetenten Verwaltungsorgane zu verschaffen gewußt haben, andererseits diese selben Güter, von denen man doch gewußt haben muß, um welchen Preis sie hingegeben waren, zu exorbitant hohen Preisen zurückkauften. Eine dreifache Auswucherung des Volkes, denn erstens wurde staatliches Holz, also Allgemeingut, zu Friedenspreisen an einzelne Firmen abgegeben, zu einer Zeit, da bereits viel höhere Preise in Geltung waren, zweitens war dieses selbe Holz von denselben Unternehmern vom Staate zurückgekauft worden, wobei ein ungerechtfertigter Nutzen von mehr als einer Milliarde in den schmutzigen Krallen dieser Kriegshyänen blieb, und drittens haben diese Massenkäufe an Holz auch anstecknd auf die allgemeine Holzpreisbildung gewirkt, so daß durch diese Wirtschaftler des Wiederverkaufes des eigenen Holzes in den Handel auch unbeteiligte Konsumenten durch die übermäßige Verteuerung des Holzes geschädigt wurden. Der Ekel muß einem über die in unserem Staate herrschenden Zustände überkommen, hört man solche Botschaften und schaudernd wird man daran denken müssen, daß diese Angelegenheit, zu deren Bezeichnung es wohl kein drucksähiges Wort gibt, vielleicht nicht vereinzelt dasteht!"

Was soll man noch über die Zustände in Oesterreich sagen, wenn schon ein offiziöses österreichisches Organ so urteilt.

Gewerkschaftliches.

Steinarbeiter und Schwerstarbeiter.

Der Steinarbeiterverband hat sich mit einer dringlichen Eingabe an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes gewandt, die Steinarbeiter endgültig als Schwerstarbeiter anzuerkennen. Darauf hat der Staatssekretär erwidert, die Entscheidung darüber stehe den Kommunalverbänden zu, aber er erkenne an, daß gerade die Steinarbeiter im allgemeinen durchaus als Schwerstarbeiter gelten müssen, und sei deshalb bereit, in Einzelfällen bei begründeten Beschwerden über Verweigerung der Schwerstarbeiterzulage auf die Gemeindeverbände entsprechend einzuwirken. Dr Verband hat nunmehr eine umfangreiche Eingabe an die Kommunalverbände gerichtet, um den Steinarbeitern die Anerkennung als Schwerstarbeiter zu sichern

Aus der Provinz.

Neue Milchhöchstpreise

treten für die Provinz Sachsen mit dem 1. Oktober in Kraft. Die wichtigsten Bestimmungen aus der Bekanntmachung des Oberpräsidenten seien hier wiedergegeben:

Der Höchstpreis beim Verkauf von Milch durch den Erzeuger sowie beim Verkauf von Milch welche aus einer oder mehreren Kuhhaltungen bezogen ist (Milcherzeugerhöchstpreis), für Vollmilch 44 Pf., für Buttermilch und Magermilch 22 Pf., für das Liter frei Wohnungen oder Schiff der Verladestelle (Abfendetelle) oder, wenn keine Bahn- oder Schiffsverfendungen stattfinden, frei Empfangsstelle des Abnehmers am Bestimmungsort. Sämtliche bis zur Ablieferung an die Absende- oder Empfangsstelle entstandenen Kosten sind aus dem Höchstpreise zu bestreiten.

Der Höchstpreis des Absatz 1 gilt nicht für den Verkauf unmittelbar an den Verbraucher, ebenso nicht für satzungsmäßige Lieferungen von Milch durch Mitglieder gewerblicher Molkereien an diese, sofern sie in der Form von Genossenschaftsmolkereien, Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht oder Aktiengesellschaften betrieben werden, ferner nicht für Rücklieferungen von Magermilch seitens gewerblicher Molkereien an den Milcherzeuger, und zwar auch dann nicht, wenn es sich um Rücklieferung von Magermilch an Milcherzeuger handelt, die nicht Mitglieder von Genossenschaftsmolkereien, G. m. b. H. oder Aktiengesellschaften sind, sondern zwangsweise an diese angeschlossen wurden, sodann nicht für Zwangslieferungen an die Molkereien gemäß § 7 der Verordnung vom 3. November 1917, sofern von der zuständigen Stelle die Lieferungspreise gemäß dieser Verordnung festgesetzt werden.

Für besonders gewonnene oder bearbeitete Milch (z. B. Kindermilch und sogenannte Flaschenmilch) kann ein Zuschlag zu dem Erzeugerhöchstpreis gewährt werden. Für von Molkereien einwandfrei gelieferte Vollmilch kann ein Zuschlag von 2 Pf. gezahlt werden. Aus besonderen Gründen können Kommunalverbände für ihren Bezirk oder Teile desselben mit meiner Genehmigung geringere Höchstpreise für Voll-, Butter- und Magermilch festsetzen.

Für den Verkauf von Milch durch den Erzeuger ist der Höchstpreis maßgebend, der für das Gebiet gilt, in dem die Absendestelle oder die Empfangsstelle im Sinne des § 1 Absatz 1 liegt. Wenn die in liefernden und belieferten Bezirke bestehenden Vorschriften über Milchpreise den Preis von Milch durch den Erzeuger verschieden regeln, so darf mit meiner Zustimmung der höhere Preis gezahlt werden. Gegen die Versagung der Zustimmung ist die Beschwerde an die Landesfettstelle zulässig.

Für Lieferungen in Wirtschaftsgebiete mit besonderer Eigenart behalte ich mir vor, auf Antrag des zuständigen Kommunal-Verbandes anzuordnen, daß der Erzeuger oder derjenige, der Vollmilch verkauft, die er aus einer oder mehreren Kuhhaltungen bezogen hat, anstelle des Höchstpreises frei Absendestelle einen näher zu bestimmenden Höchstpreis frei Bestimmungsort fordern darf.

Ich sollte mir vor, für die Provinz oder Teile der Provinz den Höchstpreis beim Verkauf im Großhandel und beim Verkauf im Kleinhandel an den Verbraucher festzusetzen.

Merseburg. Verbotener Ferkelhandel. Der Fleischer Paul A. war beschuldigt, fortgesetzt Ferkel ohne Genehmigung der Provinzialfleischstelle aus einem Kommunalverband in den Bezirk eines anderen ausgeführt, es ferner unterlassen zu haben, über den Verkauf der Ferkel richtige Eintragungen in das vorgeschriebene Kontrollbuch gemacht und endlich die Ferkel an einem Sonntage im Umherziehen feilgeboten zu haben. Es war ihm ein amtsrichterlicher Strafbefehl zugestellt worden, gegen den er beim Schöffengericht Einspruch erhob. Durch die Beweisaufnahme wurden sämtliche der dem Angeklagten zur Last gelegten Vergehen als erwiesen festgestellt. Das Gericht ermäßigte aber die Strafe auf insgesamt 155 Mk. oder 10 Tage Gefängnis und 5 Tage Haft.

Querfurt. Im städtischen Kartoffelverkauf wird beliefert Warenmarke Nr. 9 mit 7 Pfund zum Preise von 10 Pf. für ein Pfund. Dienstag, nachmittags von 5 Uhr an, Verkauf von Brotausstich auf Nr. 16 der Kirschkarte.

Schkeuditz. Um die Dreimonatsrate. Schon des öfteren haben wir darauf hingewiesen, daß die Familienunterstützung für Angehörige mit Rente entlassener Mannschaften in voller Höhe auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung weiterzuzahlen ist. Also ist neben der Reichsunterstützung auch die Gemeindeunterstützung zu zahlen. Bisher ist im Kreise Merseburg dies aber nicht befolgt worden. Jetzt hat das Arbeitersekretariat in Schkeuditz einen Fall beim Lieferungsverband in Merseburg zur Entscheidung gebracht. Nach dem erteilten Bescheid sind die Gemeinden verpflichtet, neben der Reichsunterstützung auch die Gemeindeunterstützung für die Dauer von drei Monaten zu zahlen. Alle seit dem 20. Oktober 1915 mit Rente aus dem Militärdienst

Eine Geschichte von zwei Städten.

34] Von Charles Dickens.

„Wohl möglich," sagte der Onkel mit großer Ruhe. „Um der Familienehre willen konnte ich mich sogar entschließen, Ihnen diese Ungelegenheit zu verursachen. Ich bitte es zu entschuldigen."

Ich bemerke, daß zu meinem Glücke der Empfang bei der vorgestrigen Audenz wie gewöhnlich ein kalter gewesen ist," bemerkte der Neffe.

„Ich möchte nicht sagen zu Ihrem Glücke, mein Wertester," entgegnete der Onkel mit der größten Höflichkeit; „ich bin dessen nicht so sicher. Eine gute Gelegenheit zum Nachdenken, verbunden mit den Vorteilen der Einsamkeit, würde vielleicht auf Ihr Schicksal mehr vorteilhaften Einfluß haben, als Sie selbst haben können. Doch ist es unnütz, darüber zu sprechen. Wie Sie sagen, bin ich darin im Nachteil. Diese kleinen Besserungsmittel, diese sanften Hilfen für Familienmacht und Ehre, diese kleinen Begünstigungen, die Ihnen unbequem werden können, sind jetzt nur durch Fürsprache und Zudringlichkeit zu erlangen. Sie werden von so vielen gesucht und verhältnismäßig so wenigen gewährt! Es war sonst nicht so, aber Frankreich hat sich in allen diesen Dingen verschlimmert. Unsere Vorväter hatten das Recht über Leben und Tod der umwohnenden gemeinen Herde. Aus diesem Zimmer sind viele dieser Lumpen zum Galgen geführt worden; im nächsten Zimmer, in meinem Schlafzimmer, wurde ein Urteil auf der Stelle niedergeschrieben, weil er ein unverschämtes Bedenken wegen seiner Tochter hatte — seiner Tochter! — Wir haben viele Vorrechte verloren; eine neue Philosophie ist Mode geworden; und die Behauptung unserer Stellung könnte sich gehe nicht weit, zu sagen, würde, aber könnte) uns heutzutage wirkliche Ungelegenheiten verursachen. Sehr traurig!"

Der Marquis nahm eine kleine Prise aus seiner Dose und schüttelte den Kopf so graziös verzweifelnd, als es anständigerweise sein konnte, verzweifelnd an einem Lande, das noch ihn besaß, dieses große Mittel der Wiedererhebung.

„Wir haben unsere Stellung in alter und neuerer Zeit so behauptet," sagte der Neffe düster, „daß ich glaube, unser Name ist in Frankreich mehr gehaßt, als jeder andere."

„Das wollen wir hoffen," sagte der Onkel. „Haß der Großen ist die unwillkürliche Huldigung der Kleinen."

„In diesem ganzen Lande rings um uns," fuhr der Neffe in seinem früheren Tone fort, „gibt es kein Gesicht, welches mich mit einem anderen Gefühle ansieht, als dem der scheuen Unterwürfigkeit, der Furcht und Sklaverei."

„Ein Kompliment für die Bedeutung der Familie," sagte der Marquis, „verdient durch die Art und Weise, wie die Familie ihre Bedeutung aufrechterhalten hat. Ha!" und er nahm wieder eine kleine Prise und legte gleichgültig die Beine übereinander.

Aber als der Neffe sich mit dem Ellbogen auf den Tisch stützte und gedankenvoll und niedergeschlagen die Augen mit der Hand bedeckte, blickte die schöne Maske ihn mit einem stärkeren Ausdruck von Neugier, Mißtrauen und Abneigung an, als sich mit der angenommenen Gleichgültigkeit des Mannes vertrug.

„Zwang und Gewalt ist die einzige dauernde Philosophie. Die scheue Unterwürfigkeit der Furcht und Sklaverei, mein Bester," bemerkte der Marquis, „erhält die Kerle der Peitsche gehorsam, so lange dieses Dach" — mit einem Blick in die Höhe — „den Himmel hinaus sperrt."

Das dauerte möglicherweise nicht so lange, als der Marquis meinte. Wenn er diese Nacht ein Bild des Schlosses hätte sehen können, wie es und fünfzig andere in ein paar Jahren sein würde, so hätte er wahrscheinlich kaum das seinige in den rauchgeschwärzten, ausgeplünderten Trümmern erkannt. Und was das Dach betrifft, so hätte er finden können, daß es den Himmel auf eine ganz neue Art hinaussperrte — nämlich für immer aus den Augen der Leichen, in welche sein Blei aus hundertfaussend Musketen gefeuert worden.

„Unterdessen," sagte der Marquis, „will ich die Ehre und Ruhe der Familie wahren, wenn Sie es nicht tun wollen. Aber Sie müssen müde sein. Wollen wir unsere Konferenz für heute schließen?"

„Noch einen Augenblick!"

„Eine Stunde, wenn Sie wünschen."

„Sir!" sagte der Neffe, „wir haben Unrecht getan und ernten jetzt die Früchte."

„Wir haben Unrecht getan?" wiederholte der Marquis mit einem fragenden Lächeln und deutete erst höflich auf seinen Neffen, dann auf sich.

„Unsere Familie; unsere ehrenreiche Familie, deren Ehre uns beiden so sehr und in so verschiedener Weise am Herzen liegt. Selbst bei meines Vaters Lebzeiten haben wir unendliches Unrecht getan und jede menschliche Kreatur verletzt, die zwischen uns und unsere Laune trat. Aber brauche ich von meines Vaters Zeit zu sprechen, da sie zugleich die Ihrige war? Kann ich meines Vaters Zwillingsbruder, Miterben und nächsten Erbfolger von ihm trennen?"

„Das hat der Tod besorgt," sagte der Marquis.

„Und hat mich hier gelassen," gab der Neffe zur Antwort, „gefesselt an ein System, das mir entsetzlich ist, für das ich verantwortlich bin, in welchem mir aber jede Macht fehlt, etwas zu tun; beständig bemüht, die letzte Bitte aus dem Munde meiner geliebten Mutter zu erfüllen und dem letzten Blick meiner geliebten Mutter zu gehorchen, die mich bat, Erbarmen zu haben und zu helfen; und fortwährend von dem Schmerz gequält, Beistand und Macht zum Helfen vergebens zu suchen."

„Wenn Sie sie bei mir suchen, lieber Neffe," sagte der Marquis, indem er mit dem Zeigefinger seine Brust berührte, „so suchen Sie vergebens, dessen können Sie sicher sein."

Jede von den fein gezogenen Furchen in dem fleckenlosen weißen Gesicht zog sich grausam und tückisch zusammen, wie er, die Dose in der Hand, seinen Neffen ruhig ansah. Noch einmal tupfte er ihn auf die Brust, als ob sein Finger die feine Spitze eines Degens wäre, welchen er ihm mit gewandter Kunst durch das Herz stieße, und sagte: „Verehrtester, ich werde sterben und das System, unter welchem ich gelebt habe, Ihnen vermachen."

Als er das gesagt hatte, nahm er noch eine letzte Prise und steckte die Dose in die Tasche.

„Seien Sie lieber vernünftig," setzte er dann hinzu, nachdem er mit einer kleinen Klingel auf dem Tische geschellt hatte, „und fügen Sie sich in Ihr natürliches Schicksal. Oder Sie sind verloren, Monsieur Charles."

„Diese Besitzungen und Frankreich sind für mich verloren," sagte der Neffe düster; „ich entsage ihnen."

„Können Sie ihnen schon entsagen? Frankreich vielleicht, aber der Besitzung? Es ist kaum der Mühe wert, es zu erwähnen; aber können Sie jetzt schon darüber verfügen?"

„Diesen Sinn wollte ich meinen Worten nicht geben. Wenn sie morgen von Ihnen an mich fielen —"

„Was, wie ich eitel genug bin zu hoffen, nicht wahrscheinlich ist —"

„— oder in zwanzig Jahren —"

„Sie erweisen mir zu viel Ehre," sagte der Marquis; „dennoch ziehe ich diese Annahme vor."

„— so würde ich sie aufgeben und anderswo und irgendwie leben. — Ich gäbe wenig hin, denn was ist es hier mehr als ein Labyrinth von Elend und Verderben!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191809l7-19/fragment/page=0002

entlassenen Mannschaften wird geraten, ihre Ansprüche bei der Gemeindebehörde geltend zu machen. Das Arbeitersekretariat erteilt unentgeltlich Auskunft.

— Verkauf von Kunsthonig. Die hiesigen Materialwarengeschäfte verkaufen Mittwoch, den 18. September, auf Quittungsabschnitt 25B ½ Pfund Kunsthonig zu 88 Pf. Bis Freitag, den 20. d. M., nicht eingelöste Quittungsabschnitte verfallen.

Schraplau. Die Leiche des seit reichlich einer Woche vermißten 80 Jahre alten Rentenempfängers Schmidt ist im Eydorfer Teiche gefunden worden. Der alte Mann scheint freiwillig in den Tod gegangen zu sein.

Oberröblingen. Wegen epidemischen Auftretens der Grippe sind die Schulen auf 14 Tage geschlossen worden. Auch die für die nächste Zeit geplanten Veranstaltungen fallen aus.

— Wodurch die Wohnungen knapp werden. Die Steindecksche Villa, Ecke Bahnhofstraße-Obere Parkstraße, ging käuflich in den Besitz des Bergschulvereins über. Sie soll als Dienstwohnung Verwendung finden. — Das Grundstück Plan Nr. 10 (bisheriger Besitzerin Frau Rentnerin Walther) erwarb Schneidermeister Löffler, dessen Grundstück Freistraße 108 vor einiger Zeit von der Mansfeldschen Gewerkschaft angekauft wurde.

Molmeck. Tödlich überfahren wurde von einem Kohlengeschirr der Firma Oste-Hettstedt das dreijährige Töchterchen des Messingwerksarbeiters Hasenberg.

Eisleben. Einrichtung einer Tuberkulose-Fürsorgestelle. Der Magistrat macht bekannt: Die Tuberkulose (Schwindsucht) wird im ganzen Reiche, besonders aber in der Provinz Sachsen, schon lange eifrig bekämpft. Es muß jetzt mehr als je unsere Aufgabe sein, die volksverheerende Seuche, die durch den Krieg einen erneuten Aufstieg genommen hat, immer mehr zu bekämpfen. Zu diesem Zwecke ist hier eine Tuberkulose-Fürsorgestelle, an der alle hiesigen Aerzte mitwirken, gegründet worden. Die Fürsorgestelle nimmt ihre Tätigkeit sofort auf. Oeffentliche Sprechstunden finden nicht statt. Es wird die Wahl des Arztes jedem Kranken frei gestellt. Die Untersuchung ist für alle Tuberkulosekranken oder Verdächtigen, auch wenn sie keiner Krankenkasse angehören, kostenfrei. Wir bitten die an Tuberkulose erkrankten Einwohner zum eigenen Schutze und zum Schutze ihrer Angehörigen und Mitmenschen, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. Stärkungsmittel und Speisekarten werden in geeigneten Fällen kostenfrei abgegeben.

— Winterkartoffel-Bezug. Der Magistrat macht bekannt: Voraussichtlich kann für kommenden Winter die Eindeckung des Winterbedarfs an Kartoffeln für Haushaltungen, Anstalten usw. wieder zugelassen werden. Damit der Magistrat in Kürze einen Ueberblick über die den Haushaltungen usw. zu überlassenden Mengen Kartoffeln erhält, wird um Abgabe einer entsprechenden Erklärung durch Ausfüllung des amtlichen Vordrucks bis zum 20. September d. J. spätestens ersucht. Die Vordrucke können in den Dienststellen des Wirtschaftsamts vom 16. d. M. ab in Empfang genommen werden. Dort sind sie ausgefüllt auch wieder zurückzugeben. Für die Lieferung des Winterbedarfs an Kartoffeln durch den Magistrat gelten folgende Grundsätze: Sämtliche Kartoffeln, auch die in Eisleben geernteten, kommen durch den Magistrat zur Verteilung, mit dem Unterschied, daß die bei den hiesigen Erzeugern vorhandenen Kartoffeln von ihnen auf Bezugscheine direkt bezogen werden können — darüber folgen noch nähere Bestimmungen, — während die stadtseitig von auswärts bezogenen Kartoffeln durch die zugelassenen Kartoffelhändler zu beziehen sind. Auch darüber folgen noch nähere Bestimmungen. Geliefert werden Kartoffeln nur an solche Haushaltungen, welche die amtlich vorgeschriebene Verpflichtungserklärung abgegeben haben. Die Eindeckung kann auf kürzere oder längere Zeit zugelassen werden, und zwar auf 15, 30 oder 38 Wochen. Sie kann auch vom Magistrat verweigert werden, wenn nicht volle Sicherheit für sorgfältige Unterbringung, pflegliche Behandlung und ausreichende Streckung der Kartoffeln gegeben ist. Bei der Beurteilung dieser Voraussetzungen wird sich der Magistrat der Mitwirkung des Ernährungsausschusses bedienen, dessen Mitglieder dann auch zur Besichtigung des zur Lagerung der Kartoffeln bestimmten Raumes befugt sind. Die Gesamtkartoffelmenge kann den Haushalten in mehreren Teilen zugewiesen werden. Für die vorläufige Berechnung der Mengen gelten folgende Sätze: 7 Pfund Kartoffeln für Erwachsene und Kinder über 3 Jahre alt, 4 Pfund Kartoffeln für Kinder im Alter bis zu 3 Jahren. Abänderung bleibt vorbehalten. Schwerarbeiterzusatzmengen werden bei der Einkellerung grundsätzlich nicht berücksichtigt. Bedürftige Kriegerfrauen erhalten die Kartoffeln billiger, wenn sie sich zur Abholung vom Güterbahnhof bereit erklären. Auf Wunsch wird der erforderliche Betrag vorgeschossen und von der Unterstützung ratenweise in Abzug gebracht.

Hettstedt. Der Fleischverkauf findet Mittwoch, den 18. d. M., statt, und zwar für die Nummer: 281 bis 320 von 7 bis 8 Uhr, 321 bis 360 von 8 bis 9 Uhr, 361 bis 400 von 9 bis 10 Uhr, 401 bis 440 von 10 bis 11 Uhr, 441 bis 480 von 11 bis 12 Uhr, 1 bis 40 von 12 bis 1 Uhr, 41 bis 80 von 2 bis 3 Uhr, 81 bis 120 von 3 bis 4 Uhr, 121 bis 160 von 4 bis 5 Uhr, 161 bis 200 von 5 bis 6 Uhr, 201 bis 240 von 6 bis 7 Uhr, 241 bis 280 von 7 bis 8 Uhr. Diejenigen Haushaltungen, welche ihr Fleisch von Fiedler und Meyer beziehen, werden von Klaus beliefert.

Delitzsch. Brühekarten. Die Ausgabe von Monatskarten für Fleisch- und Wurstbrühe für die nächsten vier Wochen findet auf die Lebensmittelscheine Nr. 8501 bis Schluß am Dienstag, den 17. September, von 6 bis ½8 Uhr., im Kreisschlächterei-Grundstück statt. Anstellen vor ½ Uhr ist untersagt.

Eilenburg. Eine weibliche Leiche wurde am Sonntag aus der Mulde gelandet am Mensdorfer Durchstich. Es war die 32jährige ledige Else Kabdenmann von hier, die Sonnabend nachmittag in der Nähe der Röhrenbrücke in den Mühlgraben sprang.

— Im städtischen Warenverkauf gibt es auf Nr. 114 der Lebensmittelbezugskarten 8000 bis Schluß ohne Voranmeldung ¼ Pfund Gerstengrütze, Pfd. 68 Pf. oder ¼ Pfd. Nährsuppe, Pfd. 102 Pf. in sämtlichen Geschäften in Eilenburg-Ost und des Bergstadtteils, sowie Konsumverein, Breite Straße, Dornikoel, Paul, Ritter und Günther.

Torgau. Städtische Beihilfe zum Kleinwohnungsbau. Ueber die letzte Stadtverordneten-Sitzung ist noch folgendes ausführlicher nachzutragen: Die Allgemeine Baugenossenschaft und die Gemeinnützige Baugenossenschaft hätten um einen Zuschuß zum Bau von Kleinwohnungen gebeten. Der Magistrat hatte beschlossen, eine Beihilfe von 500 Mk. für jede Wohnung zu geben, wenn sofort, noch während des Krieges gebaut wird. Vorsteher Dr. Ortmann teilte mit, daß die Allgemeine Genossenschaft 14, die Gemeinnützige Genossenschaft 20 Kleinwohnungen zu bauen beabsichtige, daß also der vom Magistrat bewilligte Zuschuß im ganzen 17 000 Mk. betragen würde. Falls die Anträgsteller den Bau spätestens innerhalb zweier Jahre fertigstellten, solle ihnen die Summe als Schenkung zufallen, andernfalls müsse sie zurückgezahlt oder verzinst werden. Stadtv. Hennig sagte dazu, daß die in Aussicht gestellte Summe von 500 Mk. für den Bau einer Wohnung auf keinen Fall genügen dürfte, da die Baukosten augenblicklich fast dreimal so hohe seien wie im Frieden. Er schlage deshalb auch für Torgau eine Erhöhung des Zuschusses vor, da ja die Stadt als solche moralisch verpflichtet sei, für Behebung der Wohnungsnot zu sorgen. Stadtv. Stoll schlägt vor, 1000 Mk. für jede Wohnung zu bewilligen. Stadtv. Martin führte aus, daß auch mit einem Zuschuß von 1000 Mk. für jede Wohnung jetzt unmöglich gebaut werden könne; er bitte deshalb wenigstens 2000 Mk. zu bewilligen. Stadtv. Ihlow schlägt vor, den Staat zu ersuchen, für die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter Wohnungen zu schaffen; ebenso solle man an die industriellen Unternehmer mit der gleichen Forderung herantreten, um auf diese Weise der Wohnungsnot zu steuern. Stadtrat Platz teilte mit, daß sowohl der Oberpräsident wie das stellv. Generalkommando die Notlage unserer Stadt betreffs der Wohnungsfrage anerkannt hätten und die Bauerlaubnis anstandslos gewähren würden. Es sei deshalb ratsam, Gesuche zum Bau von Wohnungen baldmöglichst dorthin einzureichen. Es wurde beschlossen, den beiden Baugenossenschaften einen Zuschuß von 1000 Mk. für jede Wohnung zu gewähren, im ganzen also 34 000 Mk. Ein Antrag Struck auf Hergabe eines Kapitals zu billigem Zinsfuß aus Sparkassenmitteln wird zurückgestellt.

— Neue, erhöhte Brikettpreise. Für den Umfang des Kreises Torgau wurde angeordnet: Der Preis für einen Zentner Braunkohlenbriketts darf höchstens betragen: a) für die Stadt Torgau: 1. in Mengen bis zu 10 Zentner ab Waggon 2.10 Mk., ab Lagerplatz 2.35 Mk., frei ans Haus 2.60 Mk.; 2. in Mengen über 10 bis 40 Zentner ab Waggon 2.— Mk., ab Lagerplatz 2.25 Mk., frei ans Haus 2.50 Mk.; 3. in Mengen über 40 Zentner ab Waggon 2.— Mk., ab Lagerplatz 2.25 Mk., frei ans Haus 2.50 Mk. Der Verkaufspreis für Industriefabrikate, Nuß und Nuß = Semmel, erhöht sich pro Zentner um 8 Pf. Bei Lieferungen direkt ab Waggon frei ans Haus ist nur der Preis, welcher unter Spalte „ab Lagerplatz" bezeichnet ist, zu nehmen; b) für den übrigen Teil des Kreises: Einkaufspreis einschließlich der nachweislich entstandenen Unkosten, als Fracht, Werkanschlußgebühr, Frachtbriefstempel, Fuhrlohn bis zur Niederlage des Händlers. Arbeitslohn und Abtragen wie einen Zuschlag von höchstens 7,60 Mk. für die Tonne = 20 Zentner.

Mühlberg. Woist der Kunsthonig her? Kürzlich wurde vom Personal der Kleinbahn bemerkt, daß zwei Kisten mit Kunsthonig nach Zwickau in Sachsen verfrachtet wurden. Diese jetzt hier so rare Ware wäre natürlich nicht entdeckt worden, wenn die eine Kiste nicht beschädigt gewesen wäre. Der Kunsthonig lief heraus, und ein Angestellter, der mit einer trockenen Stulle seit Tagen fürlieb nehmen mußte, war über diese Verschiebung von Brotaufstrich so empört, daß er Anzeige erstattete. Die Polizei hat bereits eine Untersuchung eingeleitet und festgestellt, daß beide Kisten aus dem Geschäft des Kaufmanns R. Klandt herrühren, der sie auch abgeschickt hat. Der Geschäftsinhaber K. ist in Zwickau im Militärdienst. Kunsthonig hat es hier seit langer Zeit nicht gegeben. Hoffentlich gelingt es der Polizei, festzustellen, wo diese Nahrungsmittel herstammen. Seit langer Zeit kann hat die hiesige Einwohnerschaft über so sehr spärliche Belieferung geklagt, und das mit Recht. Dieser Vorgang, zu dem wir uns zunächst abwartend verhalten bevor die Untersuchung abgeschlossen ist, ist freilich geeignet, die Klagen über die Lebensmittelnot noch zu steigern.

Wittenberg. Der Kleinhandelshöchstpreis für Braunkohlenbriketts ist mit Rückwirkung vom 1. September ab auf 2 Mark je Zentner (ab Platz oder Lager) festgesetzt worden. Weshalb denn mit Rückwirkung?

— Schollen in Gelee werden heute, Dienstag, in elf Geschäften verkauft. 50 Gramm kosten 12 Pf.

Allerlei.

Drei Millionen Mark Jahresumsatz eines Schleichhändlers.

Ein Fall, in dem ein einfacher Soldat durch Schleichhandel einen Jahresumsatz von drei Millionen Mark erzielt hatte, beschäftigte das Schöffengericht in Berlin-Schöneberg. Wegen Handels ohne Erlaubnis war der inzwischen vom Militär entlassene Kaufmann Paul Frunder angeklagt. Der Angeklagte hatte, ohne die vorgeschriebene Erlaubnis zu besitzen, als Vertreter einer Getreidefirma Fließ in Charlottenburg einen umfangreichen Handel mit Lebensmitteln aller Art betrieben, 8 Faß Butter, 2 Zentner Schinken, Speck, Eier, Zucker, Mehl und andere Lebensmittel bildeten den Gegenstand einer einzigen Lieferung. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte, daß er einen Umsatz von drei Millionen Mark im Jahre erzielt habe. Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben, er habe lediglich auf Befehl seiner militärischen Vorgesetzten gehandelt, da er als Einkäufer für ein Lazarett tätig gewesen sei. Das Gericht verurteilte ihn zu 1500 Mark Geldstrafe.

Wie's gemacht wird.

Daß es noch immer Leute gibt, die nichts von einer Fleischnot spüren, beweist folgendes Zettelchen, das am Markt in Ronneburg (S.-Altenburg) gefunden wurde:

Ronneburg, den 8. September 1918.

Liebe Frau X. . . .!

Könnte ich auf Sonntag eine Kalbsniere und 2 Pfund geräuchertes Fleisch und 1 Pfund Spek bekommen? Mein Mann ist da, ich werde Ihnen auch etwas mitbringen.

Es grüßt sie Frau L . . . a.

Die Adressatin ist eine Schlachtersfrau. Wer die Bestellerin ist, konnte noch nicht festgestellt werden, da der Name in der Stadt mehrfach vorkommt. Interessant ist, daß man bei dieser Gelegenheit erfährt, daß es noch immer geräuchertes Fleisch und Spek gibt; sonst ist Schweinefleisch so gut wie nicht zu bekommen.

Der ewige Schmock.

In einem sensationell aufgemachten Bericht über die Ermordung eines Geldbriefträgers und einer Frau in Berlin in der Berliner Nationalzeitung heißt es:

„Ein grünes Sofa und der Stuhl, der auf der Sitzfläche über und über mit geronnenem Blut bedeckt ist, und dessen Armlehnen durch die Speisereste beschmutzt sind, die aus dem durchschnittenen Halse des Opfers gekommen waren, scheinen die Glanzstücke der Zimmereinrichtung gewesen zu sein."

Diese Schmockerei ist bezeichnend für eine gewisse Presse und ihr Publikum. Man stelle sich das satte Behagen vor, mit dem der Leser der Nationalzeitung, die in Finanzkreisen viel gelesen wird, diesen Bericht beim Abendessen genießt.

Der eingeschmolzene Herder. Als erstes Kriegsopfer unter den Denkmälern hat man das Herderstandbild von Weimar dargebracht. Der Deutsche Wille schreibt dazu: Eine Arbeit des Schwanthalerschülers Schaller von 1850, war es „nichts Großes", aber wir hätten doch lieber gesehen, wenn man das Denkmaleinschmelzen nicht gerade mit diesem „Zivilisten" begonnen hätte. Das Land der Dichter und Denker hat an den Denkmälern der Dichter und Denker keinen Ueberfluß, während wir von metallnen Offizieren Kompagnien zusammenstellen könnten, in denen zudem die einen ganz wie die anderen aussehen. Den Dutzenddenkmälern den Vortritt!

Ein Mittel gegen abstehende Ohren. Ein schönheitsdurstiger Leser schreibt der Pr. Stargarder Ztg.: „Vor einigen Tagen erhielt ich von einer Berliner Firma einen Prospekt, der ein Mittel gegen „abstehende Ohren" anpries: Preis 8,50 Mk.; Erfolg bereits nach zehn Minuten wahrnehmbar. Ich ließ mir das Mittel kommen und erhielt gegen Nachnahme von 12,50 Mark eine kleine Schachtel mit Leim, dazu folgende Gebrauchsanweisung: Man erwärme den Leim, bestreiche die Rückseite der Ohren damit und klebe sie an den Kopf. Erfolg sofort."

Briefkasten der Redaktion.

I. C. C. 100. Wenn die Frau selbst gekündigt hat, muß sie nunmehr auch ausziehen. Wenden Sie sich an das Amtsgericht.

E. S., im Felde. Sie müssen das Gesuch auf dem vorgeschriebenen Dienstweg einreichen. Ihr Vater kann es an das General-Kommando einreichen.

E. A. Gesetzliche oder ähnliche Bestimmungen über die Teuerungszulagen zum Lohn bestehen nicht. Es kommt doch ganz darauf an, welche Rechte sich hier die Arbeiter erstritten haben und was der Arbeitgeber versprochen hat.

D. N., Maurer, in L. Der Zuschuß für Reklamierte in Krankheitsfällen muß von der Gemeinde gezahlt werden. Wenden Sie sich eventuell an das Landratsamt mit einer Beschwerde.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Allerlei Karl Vogt; Halle und Saalkreis und Kus der Provinz Otto Allan; Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

„Ah?!" sagte der Marquis und ließ seinen Blick durch das üppig ausgestattete Zimmer streifen.

„Dem Auge erscheint es hier schön genug; aber bei Tageslicht und unter freiem Himmel gesehen ist es ein wüster Haufe von Verschwendung, schlechter Wirtschaft, Erpressung, Ueberschuldung, Zwangni, Hunger, Nachtheit und Jammer."

„Ah?!" sagte der Marquis wieder in selbstzufriedener Weise.

„Wenn die Besitzung jemals mein Eigentum wird, so gebe ich sie in eine Hand, welche besser geeignet ist sie langsam, wenn es überhaupt möglich ist, von der Last zu befreien, die sie niederdrückt, so daß die armen Leute, welche sie nicht verlassen können und bis zur letzten Möglichkeit des Erduldens gedrückt worden sind, in einer anderen Generation Aussicht haben, weniger zu leiden; aber meine Arbeit kann dies nicht sein. Es liegt ein Fluch darauf und auf diesem ganzen Lande."

„Und Sie?" fragte der Onkel. „Verzeihen Sie meine Neugier; gedenken Sie mit Hilfe Ihrer neuen Philosophie zu leben?"

„Um zu leben, muß ich tun, was andere meiner Landsleute, trotz ihres adeligen Wappens, vielleicht seinerzeit werden tun müssen — arbeiten —"

„In England zum Beispiel?"

„Ja. Die Familienehre ist in diesem Lande sicher vor mir. Der Familienname kann mit mir in keinem anderen Lande leiden, denn ich führe ihn in keinem andern."

Auf das Klingeln vorhin war das anstoßende Schlafzimmer erleuchtet worden. Es schien jetzt von dort heß durch die Tür hereinzukommen. Der Marquis blickte nach dieser Richtung und lauschte den sich entfernenden Schritten seines Leibdieners.

„England besitzt sehr viel Anziehungskraft für Sie, wenn man bedenkt, daß Sie dort nicht besonders Ihr Glück gemacht haben," bemerkte er alsdann, indem er mit einem Lächeln sein ruhiges Gesicht dem Neffen zuwendete.

„Ich habe bereits gesagt, wie ich fühle, daß ich mein geringes Glück dort vielleicht Ihnen zu verdanken habe. Im übrigen ist es mein Asyl."

„Diese prahlerischen Engländer sagen es sei das Asyl dieser. Sie kennen einen Landsmann, der einen Zufluchtsort dort gefunden hat? Einen Arzt?"

„Ja!"

„Mit einer Tochter?"

„Ja!"

„Ja," sagte der Marquis. „Sie sind müde. Gute Nacht!"

Als er sich in seiner höflichen Weise verneigte, wußte er seinem lächelnden Gesicht und seinen Worten einen so geheimnisvollen Ausdruck zu geben, daß sein Neffe davon betroffen wurde. Zugleich verzogen sich die schmalen geraden Augenbrauen und die schmalen geraden Lippen und die Grübchen über den Nasenflügeln mit einem Sarkasmus, der diabolisch schön aussah.

„Ja," wiederholte der Marquis. „Ein Arzt mit einer Tochter. Ja. So fängt die neue Philosophie an? Sie sind müde. Gute Nacht!"

Es hätte ebensoviel genützt, eines von den Steingesichtern draußen am Schlosse zu befragen, als dieses Gesicht zu befragen. Der Neffe sah ihn vergeblich an, als er an ihm vorbei nach der Türe ging.

„Gute Nacht!" sagte der Onkel. „Ich erwarte mit Vergnügen, Sie morgen früh wiederzusehen. Angenehme Ruhe! Leuchte Monsieur nach seinem Zimmer! — und verbrenne Monsieur in seinem Bett, wenn du Lust hast —" setzte er zu sich selbst sprechend hinzu, ehe er wieder mit der Klingel schellte und seinen Leibdiener in sein Schlafzimmer rief.

Der Leibdiener kam und ging, Monsieur le Marquis ging in seinem weiten Schlafrock auf und ab, um sich in dieser schwülen, stillen Nacht langsam auf den Schlaf vorzubereiten. Wie er sich in dem Zimmer, die Füße in weiche Kartoffeln gesteckt, geräuschlos auf und ab bewegte, nahm er sich fast aus wie ein verfeinerter Tiger. Er sah aus wie ein verzauberter Marquis von der unbußfertig verworfenen Art im Märchen, dessen periodische Umwandlung in Tigergestalt entweder eben vorbei oder im Anzuge war.

Er schritt in seinem üppig ausgestatteten Schlafzimmer auf und ab und musterte die Erinnerungen an die heutige Reise, wie sie ihm ungeheißen einfielen. Die langsame Fahrt den Hügel hinauf bei Sonnenuntergang, die untergehende Sonne, die Hinabfahrt, die Mühle, den Kerker auf den Felsen, das Dörfchen im Tale, die Landleute am Brunnen und die Straßenarbeiter, wie er mit seiner blauen Mütze auf die Kette unter dem Wagen wies.

Dieser Brunnen erinnerte ihn an den Brunnen von Paris, an die kleine Leiche, die auf dem Unterbau lag, an die Frauen, die sich darüberbückten, und an den Mann, der mit gen Himmel gestreckten Armen ausrief: „Tot!"

„Ich bin jetzt abgekühlt," sagte Monsieur le Marquis, „und kann zu Bett gehen."

So, nachdem er nur eine Kerze auf dem großen Kamin brennend stehen gelassen, zog er die leichten Gazevorhänge um das Bett zu und hörte die Nacht ihr Schweigen mit einem langen Seufzer unterbrechen, als er sich zum Schlafen auf das Pfühl streckte.

Drei lange Stunden lang stierten die steinernen Gesichter draußen blind in die schwarze Nacht hinaus; drei lange Stunden lang klapperten die Pferde in den Ställen an ihren Raufen, bellten die Hunde und gab die Eule einen Ton von sich, der sehr wenig mit demjenigen gemein hatte, den ihr gewöhnlich die Poeten zuschreiben. Aber es ist die verstockte Gewohnheit solcher Geschöpfe, kaum jemals das zu sagen, was ihnen vorgeschrieben ist.

Drei lange Stunden lang stierten die steinernen Gesichter des Schlosses, Löwengesichter und Menschengesichter, blind in die Nacht hinaus. Tote Finsternis lag auf der ganzen Landschaft, tote Finsternis verwischte vollends, was der verwischende Staub auf allen Straßen übrig ließ. Der Gottesacker war so weit gekommen, daß seine dürftigen Rasenhügel nicht mehr voneinander zu unterscheiden waren; die Gestalt am Kreuze hätte herabsteigen sein können, so wenig sah man von ihr. In dem Torfe schliefen Peiniger und Gepeinigte fest. Vielleicht von Feilgelagen träumend, wie es häufig der Hungernden geschieht, oder von Bequemlichkeit und Ruhe, wie der abgetriebene Sklave und der eingespannte Ochs, schliefen die algemagerten Bewohner gesund und fühlten sich gesättigt und frei.

Drei dunkle Stunden hindurch floß der Brunnen im Dorf ungesehen und ungehört und der Brunnen im Schlosse plätscherte ungesehen und ungehört — beide flossen dahin wie die Minuten, die aus der Quelle der Zeit entströmen. Dann wurde das graue Wasser beider gespenstisch im Morgenlicht, und die Augen der steinernen Gesichter des Schlosses öffneten sich.

Es wurde heller und heller, bis endlich die Sonne die Wipfel der regungslosen Bäume vergoldete und ihren Glanz über den Hügel ausgoß. In der Glut schien das Wasser des Schloßbrunnens zu Blut zu werden, und die steinernen Gesichter zu erröten. Das Lied der Vögel klang laut und hell, und auf dem Sinse des großen Fensters im Schlafgemach Monsieur le Marquis stimmte ein niedlicher Sänger aus voller Brust sein Lied an. Darüber schien das nächste steinerne Gesicht erstaunt die Augen aufzureißen und mit offenem Munde und herunterhängender Unterlippe entsetzt auszusehen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191809l7-19/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater

Täglich 7½ Uhr:

Drei alte Schachteln

Heute, Dienstag, 4. Auftreten

Tenor **Marco Schwarz** aus Riga

als **Claus Kerstling.** 1963

Kasse: 10—1½ und 4—6 Uhr.

Volkspark

Burgstrasse 27.

Morgen, Mittwoch, 18. Septbr., nachm.

:: Verwundeten-Frei-Konzert ::

1962 Die Geschäftsleitung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Winterkartoffelversorgung.

Die Versorgung der hiesigen Einwohner mit Winterkartoffeln soll in diesem Jahre nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

Es ist den Haushaltungen überlassen, ihren Bedarf an Winterkartoffeln zu decken, entweder durch wochenweisen Einkauf auf Grund von Kartoffelkarten oder durch zentnerweisen Bezug. Der zentnerweise Bezug kann erfolgen:

A. von der Stadt

und zwar:

1. durch Zufuhr seitens eines hiesigen Kartoffelgroßhändlers, den der Magistrat bestimmt,
2. durch Selbstabholung von einer städtischen Kartoffelverteilungsstelle (zu einem entsprechend ermäßigten Preise),
3. durch Vermittlung von Vereinen, Fabriken, Behörden usw.

B. von einem Landwirt

der folgenden Lieferungskreise der Stadt Halle: Stadtkreis Halle, Saalkreis, Querfurt, Eckartsberga, Delitzsch, Wanzleben und Kalbe.

Für jede Person eines Haushaltes, mit Ausnahme der Kinder unter einem Jahre, können als Wintervorrat zwei Zentner bezogen werden. Es werden nur ganze Zentner geliefert. Von jedem Zentner werden etwa 10 Proz. als Schwund gerechnet.

Am 18., 19. und 20. Septbr. werden in den städtischen Markenausgabestellen Vordrucke für Anträge auf Ausfertigung von Bezugsscheinen für Winterkartoffeln ausgegeben.

Diejenigen Haushalte, welche ihre Winterkartoffeln zentnerweise von der Stadt durch einen Kartoffelgroßhändler oder durch Selbstabholung (oben A. 1 und 2) oder von einem Landwirt (oben zu B) beziehen wollen, werden hiermit aufgefordert, in ihren zuständigen Markenausgabestellen die Vordrucke in Empfang zu nehmen.

Wer seinen Kartoffelvorrat durch Vereine, Fabriken, Behörden usw. beziehen will, erhält die Antragsvordrucke nicht durch die Markenausgabestellen, sondern durch die Leitung seines Betriebes, Vereins usw. zugestellt. Die leitenden Stellen, die sich bereit erklären, für ihre Angestellten den Kartoffelbezug zu vermitteln, erhalten bezüglich die näheren Anweisungen.

Die Vordrucke sind deutlich und vollständig auszufüllen, besonders ist auch die Art des Bezuges nach den obigen vier Möglichkeiten deutlich anzugeben. Die ausgefüllten Vordrucke sind sodann von sämtlichen Antragstellern, also auch von denen, die ihre Kartoffeln durch Vereine, Fabriken usw. beziehen wollen, möglichst bald in der Markenausgabestelle wieder abzugeben, und zwar spätestens bis zum 28. September d. J.

Der Lebensmittelschein ist bei der Abgabe vorzulegen. Die nicht rechtzeitige Rückgabe der Meldung hat Verzögerung der Kartoffellieferung zur Folge.

Wegen Ausgabe der Bezugsscheine wird seinerzeit weitere Bekanntmachung ergehen.

Halle, den 17. September 1818. **Der Magistrat.**

35 Gramm Butter.

Auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 13. Januar 1916 wird die Verteilung der Butter in der Woche vom 16. bis 22. September (37. Woche) wie folgt geregelt:

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 35 Gramm Butter. Die abzugebende Menge richtet sich nach der Zahl der auf der Fettkarte verzeichneten Haushaltsangehörigen. Der Verkauf erfolgt vom Donnerstag, den 19. Septbr. bis Sonnabend, den 21. Septbr. 1918 auf Grund des Abschnittes 38 der Fettkarte. Die Verkäufer haben den vorbezeichneten Abschnitt abzutrennen und dieselben gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, 23. September 1918, abzuliefern.

Militärurlauber erhalten Butter auf Grund von Butterscheinen nur auf dem städtischen Markt in der Talamtschule.

Halle, den 17. September 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Quark.

Auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 24. Juli 1918 wird hiermit bekannt gemacht, daß am Mittwoch, den 18. September 1918 auf den Abschnitt 1 des neuen Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse für Kinder vom vollendeten 6. — 12. Lebensjahre Quark zur Verteilung gelangt.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber von Einkaufsscheinen über Molkereierzeugnisse, welche in den nachbenannten Milchverkaufsstellen zur Handelsliste angemeldet sind: Verkaufsstelle der Halleschen Molkerei, Glauchaerstraße 15, und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Beesenerstraße 1. Auf den oben bezeichneten Abschnitt wird ein halbes Pfund Quark zum Preise von 37 Pfg. abgegeben.

Die Abschnitte verlieren mit dem Tage des Aufrufes ihre Gültigkeit. Ein nachträglicher Verkauf kann nicht mehr stattfinden.

Die Verkäufer haben den vorbezeichneten Abschnitt abzutrennen und dieselben gebündelt dem Stadternährungsamt II am 21. September abzuliefern.

Halle, den 17. September 1918. **Der Magistrat.**

Kohlenversorgung.

Die blauen Kohlenkarten (10 Zentner) verfallen am 30. September dss. Js. nicht, sondern können bis auf weiteres noch beliefert werden.

Halle, den 16. Sept. 1918. **Die Ortskohlenstelle.**

Sozialdemokratischer Verein für Halle u. Saalkreis eingetragen der U. S. P. D.

Donnerstag, 19. September, abends 8 Uhr:

:: Distrikts-Versammlungen ::

für die einzelnen Distrikte in folgenden Lokalen:

Distrikte 1 bis 4 i. d. „Goldenen Kette", Alt. Markt 11.

Distrikte 5 u. 6 im Lokal von Lohse, Jakobstraße 23.

Distrikte 7, 7a und Böllberg-Wörmlitz, im Lokal von Müller, Böllbergerweg Nr. 23.

Distrikte 8, 9, 9a, 10 u. 11 im „Letzten Dreier", Merseburgerstraße 32.

Distrikte 12-15 im „Gewerkschaftshaus", Harz 42/44.

Distrikte 16 bis 20 im „Volkspark", Burgstraße 27.

Tagesordnung in allen Sitzungen:

1. **Antrag betr. Erhöhung der Beiträge.**
2. **Wahl der Delegierten zur Kreis-General-Versammlung.**
3. **Weitere Vereinsangelegenheiten.**

Die Zugehörigkeit zu den einzelnen Distrikten ergibt sich aus dem Anhang zum Lokalstatut, das im vorigen Jahre allen Mitgliedern erneut zugestellt worden ist.

Eingeladen sind alle Mitglieder; auch diejenigen, welche wegen Verzug oder aus anderen Gründen mit ihren Beiträgen im Rückstand blieben. Ebenfalls die bisher vom Beitrag befreiten, weiblichen Mitglieder. Alle diese Mitglieder werden gebeten, ihre Adressen bei der Leitung abzugeben.

Wir bitten die Mitglieder, der so wichtigen Tagesordnung halber für guten Besuch der Sitzungen Sorge zu tragen. 1964

Mit Parteigruß

Der Vorstand. J. A.: Adolf Albrecht.

Stadttheater.

Mittwoch, d. 18. September: Anfg. 7½ Uhr, Ende 10½ Uhr:

Hoffmanns Erzählungen.

Oper von Offenbach. 1955

Donnerstag, den 19. Septbr.: **Der Freischütz.**

Verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann das gute **Scheffelbrot.** 1961

Ohne Zucker.

Rezepte zum Einmachen v. Früchten ohne Einkoch-Apparat u. ohne Zucker,

sowie die

besten Rezepte z. Einkochen von Gemüse.

Preis 25 Pfg. Porto 5 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Apollo-Theater

Gastspiel Kurt Olders-Operettengesellschaft

Heute, abends ½8 Uhr: Zum letzten Male:

„Der Pußta-Kavalier".

Operette in 3 Akten von Karl von Bakony

Musik von Albert Szirmai. 1958

Mittwoch, 18. September, zum ersten Male:

„Das Jungfernstift".

Operette in 4 Akten von Ernst Ritterfeld.

Musik von Gilbert.

(Komponist der „Kinokönigin", „Fahrt ins Glück" usw.

Stadttheater. 1957

Ausgabe von Sonder-Stammkarten für acht

Sinfonie-Konzerte

unter Mitwirkung hervorragender Gäste.

Gastdirigenten: Paul Graener, Prof. Dr. Hans Pfitzner.

Generalmusikdirektor Dr. Rich. Strauß, Prof. Alfred Rahlwes.

Solisten: Julia Culp, Hertha Dehmlow, Kammersänger Brodersen (Gesang), Prof. Klingler, Edith von Volgtländer (Geige), Prof. Hegar (Cello), Edwin Fischer (Klavier).

Für diese acht Konzerte, welche im Laufe der Spielzeit 1918/19 in der Regel an Sonnabenden, jedoch nicht aufeinanderfolgend, stattfinden, werden Sonder-Stammkarten zu folgenden Preisen ausgegeben:

	Stammkarte für 8 Konzerte:	pro Platz:
Vorbühnenlaube	Mk. 52.—	Mk. 7.—
I. Ringlaube	„ 44.—	„ 6.—
I. Ring	„ 40.80	„ 5.60
Sessel	„ 40.80	„ 5.60
Sperrsitz	„ 36.80	„ 5.10
I. Platz	„ 31.20	„ 4.40
II. Platz	„ 24.—	„ 3.50
II. Ring Vorderreihen	„ 20.—	„ 3.—
II. Ring Hinterreihen	„ 12.—	„ 1.75
III. Ring	„ 12.—	„ 2.—

einschl. städt. Kartensteuer und Kleiderablage.

Die Ausgabe erfolgt an der Tageskasse des Stadttheaters. Das erste Konzert findet statt am **Sonnabend,** den 28. September. Solist: **Edwin Fischer** (Klavier).

Rad-Rennbahn (Olympia-Park).

Sonntag, den 22. September, nachmittags 3½ Uhr:

Großer Preis der Stadt Halle.

Stunden-Rennen hinter Riesenschrittmacher-Maschinen.

1959

Preise: 1500 — 1000 — 700 Mark.

Am Start: **3 beste deutsche Dauerfahrer.** U. a.: **Deutschlands erfolgreichsten Dauerfahrer Wissmann-Dortmund.**

Ein Fahrer, welcher, trotzdem ihm der rechte Fuß fehlt, große Ausdauer hat.

Wißmann startet zum ersten Mal in Halle.

Ferner:

:: Großes Flieger-Rennen. ::

Ausgefahren von den besten Fahrern des Deutschen Radfahr-Bundes.

:: Beste Fahrer! :: Während der Rennen u. i. d. Pausen: **Großes Konzert.** Spannende Kämpfe!

Vereins-Anzeiger

1. Veröffentlicht periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeit.-Sänger-Chor

Donnerstag

pünktlich abends ½9 Uhr, im Volkspark:

Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor.

Jeden Freitag um 8½ Uhr im Volkspark:

Singestunde.

Turnverein Fichte

Turnstunde: Turnhalle Oberrealschule, Eing. Staubitzstr. Männer-Abteilung: Dienstag u. Freitag, abends 8-10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Sonntags von 8—11 Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiel auf dem Sandanger.

Touristen-Ver. „Naturfreunde".

Mittwoch den 18. Septbr.: Treffen i. Gewerkschaftshaus. Sonntag den 22. Septbr.: Tageswanderung in die Schlauer Heide—Lindenbusch—Walk-heil. Abmarsch: 8 Uhr von der Peißnitzbrücke.

Mandolinen-Zirkel Frohsinn, Halle. Jeden Donnerstag, abends ½9—½11 Uhr, im Schrebergarten-Restaur. Halle-Ost, Freimfelderstraße: Übungsstunden. — Jeder Dienstag: Teilübungsstunden für Anfänger.

Sonntag den 22. Septbr., abds., i. Volkspark (Kolonnade) Gesell. Beisammensein.

Kühns Botanische Taschen-Bilderbogen.

Heft: 1, 2, 3, 4.

Jedes Heft 100 farbige Abbildungen der

verbreitetsten Gewächse Mitteleuropas.

Preis jedes Heftes 75 Pfg. Porto 5 Pfennig.

Heft 5.

Eßbare u. giftige Pilze.

66 farbige Abbildungen.

Preis 1 Mk. Porto 5 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle (S.), Harz 42/44.

Schulbücher aller Art empfiehlt die Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf von **Graupen** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Mittwoch, 18. Sept. 1918. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund verabfolgt werden. Der Verkaufspreis beträgt 44 Pf. für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Graupen einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 227 des Warenbezugscheines 18 zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915.

Halle, den 17. September 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Milchpulver, sterilisierter und kondensierter Milch in der Talamtschule am Mittwoch, 18. September 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 63 500 bis zurück 58 001 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 58 000 bis zurück 53 501 nachmittags von 2—6 Uhr. Der Verkauf erfolgt gegen Vorlage des Lebensmittelscheines.

Einzelne Personen erhalten: ½ Pfund Vollmilchpulver zum Preise von 50 Pfg. Haushalte mit zwei Personen erhalten: 1 Flasche sterilisierte Milch zum Preise von 1.40 M. Haushalte mit drei Personen erhalten: 1 Büchse kondensierte Milch zum Preise von 1.90 M. Haushalte über drei Personen erhalten: 2 Büchsen kondensierte Milch zum Preise von 1.90 M. für die Büchse.

Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, 17. September 1918. **Der Magistrat.**

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 18. Septbr. cr. werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr: Nr. 7301—7375, um 8 Uhr: Nr. 7376 bis 7450, um 9 Uhr: Nr. 7451—7525, um 10 Uhr: Nr. 7526—7600.

Halle, den 16. Sept. 1918. **Der Magistrat.**

Der Geflügel- und Wildeinfuhr G. m. b. H. in Berlin ist die Einfuhr **lebender Gänse** übertragen worden. Die Gänse sind, da sie den Stoppelgang bereits hinter sich haben, etwas angefleischt und können daher eventl. sofort zur Schlachtung gebracht werden.

Der Magistrat beabsichtigt im Interesse einer besseren Fleisch- und Fettversorgung eine größere Anzahl solcher Gänse einzuführen und zum Selbstkostenpreise abzugeben. Voraussichtlich wird sich der Preis für eine Gans auf etwa 28—30 Mk. stellen. Alle diejenigen, welche Gänse abnehmen wollen, werden hierdurch aufgefordert, bis zum Freitag, den 20. September, dem Stadternährungsamte, Abt. IV, unter Angabe der genauen Adresse schriftlich anzuzeigen, daß, und wieviel Gänse sie abnehmen wollen.

Halle, den 17. Sept. 1918. **Der Magistrat.**

Kaninchenfelle

1875 **für Heereszwecke**

sowie alle anderen Felle und Rosshaare kauft zu höchsten Tagespreisen.

Paul Günther, Taubenstr. 3, Hof. Tel. 6176.

Schreiben Sie schlecht?

Auch die schlechteste Handschrift wird durch unübertroffene Methode in wenig. Stund. flott u. bildschön Nachh. 3.60 M. Verlag K. Kuls, Charlottenburg 4, Postfach. *1151

Arbeitsmarkt

Arbeiterinnen, Werkzeug-Schlosser, Werkzeug-Dreher, Einrichter 1128

werden sofort eingestellt.

Hugo Schneider, Aktiengesellschaft, **Paunsdorf-Leipzig.**

Eine zeitgemäße Schrift!

Die zehn Gebote

und die besitzende Klasse.

Von Adolf Hoffmann, mit einem Geleit-Brief von Frau Klara Zetkin.

Preis 40 Pfg. Porto 5 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42-44.

Heizer

für Zentralheizung und Pflege des elektrischen Lichts

gesucht. 1956

A. Huth & Co., Halle (S.).

Bekanntmachung.

Vom Dienstag, den 1. Oktober ds. Js. ab tritt auf der Halle-Hettstedter Eisenbahn ein neuer Fahrplan in Kraft. Fahrpläne sind auf den Stationen zum Aushang gebracht und können daselbst eingesehen werden.

Halle, den 24. September 1918. *1155

Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191809l7-19/fragment/page=0004

Nr. 218. 29. Jahrgang. **Beilage zum Volksblatt.** Halle (Saale), 17. September 1918.

Stadtverordneten-Sitzung.

Umfall der Mehrheit für billigere Arbeiterfahrkarten — Das (späte Mieteinigungsamt — Straßenbahn-, Schul- und Zukunftsbaupläne.

Die Stadtverordneten tagten gestern drei Stunden. Auf der Tagesordnung standen einige Punkte, die Anlaß zu ausgedehnteren Debatten boten. Im nachfolgenden Sitzungsbericht finden die Leser das wesentliche wiedergegeben.

Die Gleichstellung der Arbeiterwochenkarten mit den Schüler-Wochenkarten für die Straßenbahn, die in der vorhergehenden Sitzung erfreulicherweise beschlossen war, ist bekanntgegeben worden. Die Versammlung hat sich wieder einmal dem Willen des Magistrats aufzwingen lassen, der von größerem Entgegenkommen gegen die Arbeiter nichts wissen wollte, angeblich, weil die Stadtkasse eine Einbuße von 60 000 Mark nicht vertragen könne. Mit Recht wurde ausgeführt, daß diese Schätzung den Eindruck des Uebertreibens mache; wenn sie aber zutreffe, beweise sie gerade die Notwendigkeit, die beschlossenen billigeren Sätze für Arbeiterkarten beizubehalten. Es ginge nicht an, dem Arbeiter das Straßenbahnfahren in stärkerem Maße zu verteuern, als anderen. Herr Spröte, der sich auch für einen Arbeitervertreter hält, war der erste, der eine leidlich gute Methode des gedeckten Rückzuges vor dem Diktat des Magistrats empfahl, die schließlich auch benutzt wurde. Herr Kühme war da offener. Obzwar er der Vater des Gleichstellungsantrages aus der letzten Sitzung ist, meinte er gestern rund heraus, es hätte keinen Zweck, den Beschluß noch einmal zu fassen, wenn der Magistrat damit nicht einverstanden wäre. Man denkt an das Bibelwort: Selig sind die Friedfertigen, und möchte hinzufügen: denn der Magistrat wird sie schützen.

Wir gestehen, daß wir nur vor denen Achtung haben können, die dem Gleichstellungsbeschluß treu blieben. Vielleicht wird diese Meinung heute auch in den bürgerlichen Kreisen geteilt, die ein Gefühl dafür haben, welche Schwierigkeiten der schaffende Proletarier aus Fabrik und Werkstatt, vom Bau und aus dem Verkehr, heute zu überwinden hat in Ermangelung von kräftiger Nahrung und guter Bekleidung. Vielleicht wird man auch in diesen Kreisen die Meinung teilen, daß der Umfall der bürgerlichen Mehrheit einem kläglichen Rückzug gleichkommt, und daß der Eifer, mit dem der Vorsteher Keil über die Worte des Genossen Osterburg wacht, und die Rücksichtslosigkeit, mit der er dessen Rede unterbricht, zumindest sehr eigenartig annutet.

Aber vielleicht entspringt diese Tätigkeit freiwilligen Magistratsschutzes denselben Gründen, die Gröbel andeutete, als er zum Thema Mieteinigungsamt Ausführungen machte, die darauf hinauslaufen, daß der Magistrat sich lieber erst durch gesetzliche Vorschriften zwingen läßt, als daß er freiwillig eine Anregung von sozialdemokratischer Seite in die Tat umsetzt. So ist es mit der Errichtung des Mieteinigungsamtes in Halle wirklich gewesen. Daran ändern auch die höchst überflüssigen, mehr vaterlandsparteilichen als gemeinwirtschaftlichem Sinne entsprungenen moralischen Entrüstungen des Oberbürgermeisters nicht das mindeste. Völlig unzutreffend also und sehr überheblich empfanden wir dessen Auslassung, daß „ein Stadtverordneter nicht das Recht und nicht die Aufgabe hätte", zu sagen, daß Halle bei der Erfüllung dieser oder jener Aufgabe nachhinkt. (Gröbel hatte das zutreffenderweise in Bezug auf das Mieteinigungsamt behauptet, das in vielen kleineren Städten, selbst in Landkreisen, schon jahrelang in Tätigkeit sich befindet.) Solche Auffassung, wie sie der Oberbürgermeister zum besten gab, müsse unbedingt scharf zurückgewiesen werden. Der Vorsteher hätte jedenfalls zuerst diese Pflicht gehabt, die Redefreiheit der Stadtverordneten und ihr Recht der Kritik vor dem Angriff eines Magistratsmitgliedes zu schützen. Aber Herr Keil scheint wohl von den Aufgaben eines Stadtverordnetenvorstehers eine andere Auffassung zu haben, als wir. Sein Verhalten in diesem Falle und in jenem des Genossen Osterburg zeigt das klar und deutlich.

Beträchtliche Zeit nahmen die Auseinandersetzungen in Anspruch über ein Schulbau- und Schulverlegungsprojekt. Der Magistrat plant — schon seit Kriegsbeginn ist das Projekt in Bearbeitung — die Errichtung eines neuen Oberrealschulgebäudes auf dem Beinbergelände jenseits der Saale. Er glaubt, der Schulbau sei eine günstige Gelegenheit zum Aufschluß des dort liegenden Geländes zu reiner Bebauung. Inzwischen hat die Ueberfüllung des städtischen Lyzeums und der Studienanstalt die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen Lyzeums ergeben. Dies soll, so schlägt der Magistrat vor, in das Oberrealschulgebäude am Wettiner Platz gelegt werden, für die Oberrealschule aber soll das neu zu errichtende Schulgebäude am Beinberg bestimmt sein. Dieser Plan wird in der Bürgerschaft lebhaft umstritten; und diese Verschiedenheit der Auffassungen zeigt sich nicht nur in entgegengesetzten Beschlüssen des Haushalts-Ausschusses und der Deputation — der erste dafür, die zweite dagegen —, sondern kam auch in den gestrigen Verhandlungen zum Ausdruck. Die Arbeitervertreter nahmen eine abwartende Stellung ein. Sie sind selbstverständlich für großzügige Durchführung des Bebauungsplanes, und treten mit Freuden für jede nur mögliche Förderung des Unterrichtswesens ein — aber für ein solches Miltonen-Projekt, das vorliegende auf Errichtung einer Schule am Weinberg, sei die Zeit zu unsicher, seien die Schulden der Stadt zu drückend und die Zukunft zu dunkel.

Ein Antrag auf Zurückstellung des Projekts für drei Monate, bis Herr Schulze einbrachte, fand nicht die Mehrheit. Dagegen beschloß man eine zweite Lesung. Die Vorlage des Magistrates selbst fiel bei der Abstimmung mit 19 gegen 17 Stimmen.

•

Sitzungsbericht.

Beschaffung von Kraftfahrzeugen für die Feuerwehr. Für die Feuerwache Süd sollen angeschafft werden eine Motorspritze mit Hochdruck-Zentrifugalpumpe auf Grund eines Angebots der Daimler-Motoren-Gesellschaft Berlin-Marienfelde zum Preise von 45 670 Mk. und eine Magirus-Autoleiter zum Preise von 58 500 Mk. Bewilligt sind dafür bereits 35 000 Mk. in den Haushaltplan für 1919 soll der Rest von 67 170 Mk. eingestellt werden. Der Referent beantragt Genehmigung. Stadtv. Emmer fragt, weshalb die Anschaffung, die schon längst beschlossen war, so lange hinausgeschoben worden sei. Sparmetalle seien beschlagnahmt, und trotz der hohen Preise werde man schließlich minderwertiges Gerät geliefert bekommen, das nur kurze Zeit hält. Aus diesem Grunde empfehle sich vielleicht, mit der Anschaffung noch zu warten. Vorlage wird bewilligt.

Tragbare Feldbücherein will die Stadt den hiesigen Regimentern ins Feld schicken. Sie enthalten Reklambändchen. 10 Stück machen Unkosten in Höhe von 440 Mk. Der Vorlage wird zugestimmt.

Errichtung eines Mitteinigungsamts.

Stadtv. Herzfeld referiert. Er verwies auf die Angaben der Begründung der Vorlage durch den Magistrat, in denen es u. a. heißt: Erst im Laufe des Jahres 1918 trat infolge des stärkeren Zuzuges nach der Stadt und der dadurch bedingten stärkeren Abnahme der verfügbaren Wohnungen, ferner infolge des sich auch hier bemerkbar machenden Ausdehnungsbedürfnisses gewisser Bevölkerungskreise bezüglich der Wohnungen — Inanspruchnahme großer Wohnungen bzw. ganzer Häuser durch Familien, die sich bisher mit wesentlich kleineren Wohnungen begnügt hatten. Anlaß von Häusern und Aufkündigung der bisherigen, häufig mehreren Mietparteien durch den neuen Erwerber lediglich zu dem Zwecke, um das ganze Haus für seine Bedürfnisse zu benutzen, so daß die bisherigen Mieter bei der zunehmenden Wohnungsknappheit keine passende Wohnung erhalten können — und endlich durch die immer häufiger eintretenden durch nichts begründeten übermäßigen Mietsteigerungen das Bedürfnis nach Schaffung eines Einigungsamtes hervor. Hierfür spricht auch die wesentliche Zunahme der bei dem Amtsgericht als Einigungsamt anhängig gewordenen Streitigkeiten. Bemühungen, Personen zu finden, die zur Uebernahme des Vorsitzes befähigt und bereit gewesen wären, waren aber lange Zeit ergebnislos. Nachdem es jetzt gelungen ist, geeignete Personen für den Vorsitz zu finden, hat der Magistrat beschlossen, ein Mieteinigungsamt für den Stadtkreis Halle gemäß den Verordnungen vom 15. Dezember 1914 und 26. Juli 1917 zu errichten und dieses mit den nach den erwähnten Verordnungen zulässigen Ermächtigungen und Befugnissen auszustatten zu lassen. Das Einigungsamt soll in der Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern, von denen die Hälfte dem Kreise der Hausbesitzer, die Hälfte dem der Mieter angehören muß, entscheiden. Es soll möglichst zum 1. Oktober d. J. seine Tätigkeit aufnehmen. Für die an den Vorsitzenden und den ersten stellvertretenden Vorsitzenden zu zahlenden Vergütungen sind jährlich mindestens 3400 Mk. erforderlich, der zweite stellvertretende Vorsitzende wird sein Amt ehrenamtlich versehen. Weiter wird die Bestellung eines besonderen Schriftführers für das Mieteinigungsamt erforderlich werden, dem die Erledigung der Bureaugeschäfte (Entgegennahme der Anträge, Besorgung der Benachrichtigungen und Ladungen der Parteien, Führung der Protokolle in den Sitzungen usw.) obliegt; hierfür werden ebenfalls mindestens 1800 Mk. jährlich notwendig sein. Die sonstigen Bureauunkosten werden auf 1600 Mk. jährlich geschätzt, so daß das Mieteinigungsamt etwa 6800 Mk. im Jahre erfordern wird. Für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 31. März 1919 wird die Hälfte dieser Summe, also 3400 Mark, zur Deckung der Kosten des zu errichtenden Mieteinigungsamtes gebraucht werden.

Stadtv. Gröbel: Endlich soll nun der Schritt unternommen werden, den der Magistrat und die Mehrheit der Versammlung schon gestern abgelehnt hat, als wir ihn zum Vorschlag brachten. Man scheint prinzipiell gegen unsere Anträge zu sein. Sonst redet man immer davon, daß Halle an der Spitze marschiert; aber in dieser Frage wartete man so lange, bis die Möglichkeit des Zwanges bevorsteht. Nicht erst im letzten Jahre haben sich die Zustände gezeigt, die die Errichtung des Mieteinigungsamtes notwendig machen. Die Wohnungsnot ist erheblich, dementsprechend auch die Zahl der Mietstreitigkeiten. Der Mangel an geeigneten Vorsitzenden ist kaum schuld gewesen an der Verzögerung. Zu wünschen wäre, daß das Verfahren des neuen Amts kostenlos ist, die Verhandlungen geheim sind und die Parteien zum Erscheinen vor dem Termin angehalten werden. Oberbürgermeister Rive: Diesen Ton der Unzufriedenheit sind wir von jener Seite gewöhnt. Der Magistrat hat die Errichtung des Mieteinigungsamts freiwillig, ohne Zwang beschlossen. Es kann nicht Aufgabe eines Stadtverordneten sein, zu sagen, daß Halle nachhinkt. (Gelächter h. d. Soz.) Stadtv. Gröbel: Schon 1916 lag ein Bedürfnis für ein Mieteinigungsamt vor. Im Arbeitersekretariat der freien Gewerkschaften wurden damals schon 518 Fälle von Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern behandelt. Auch nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters bin ich nicht überzeugt davon, daß die Notwendigkeit nicht früher vorgelegen hat; ebensowenig bin ich das Gefühl losgeworden, als ob der Antrag bisher deshalb abgelehnt wurde, weil er von unserer Seite gekommen war. Stadtv. Herzfeld: Während der Gerichtsferien sind beim Amtsgericht, das bisher Mieteinigungsamt war, wöchentlich etwa 10 Fälle anhängig gemacht worden. Stadtv. Spröte: Es ist kein Mißstand, zum Amtsgericht hat die Bevölkerung das Zutrauen nicht, wie zu einer Instanz, die aus Bürgern gebildet wird und in der auch die Mieter vertreten sind. Das Verfahren am Amtsgericht kostet Geld und ist umständlich; daß die Inanspruchnahme sich in letzter Zeit gesteigert hat, daran sind wir schuld, die wir die Leute darthin geschickt haben. Beim Amtsgericht braucht man schließlich auch noch einen Anwalt, so glauben die Leute, und sie leiden deshalb lieber Unrecht, als daß sie ans Gericht gehen. Weil diese Schwierigkeiten jetzt fallen, deshalb begrüßen wir die Vorlage, wenn sie auch so spät kommt. Die Vorlage wird angenommen.

Straßenbahnvorlagen. Der Magistrat beantragt zunächst, für die Instandsetzung des Oberleitungsnetzes der Straßenbahn und die gleichzeitige Vorbereitung der Einrichtung des Netzes für den Schleifbügelbetrieb 90 000 Mk. zu bewilligen. Der Betrag soll zu zwei Dritteln aus dem Kriegsrücklagefonds der Straßenbahn, zu einem Drittel aus den Erneuerungsfonds genommen werden. Erwähnenswert ist die Feststellung der Begründung, daß die Fahrbetriebsanlagen der Straßenbahn von der A. E. G. in einem geradezu hervorragend sachlichen Zustande überlassen worden sind. Eine zweite Vorlage fordert 67 000 Mark für die Anlage von Gleisverbindungen zwischen Reil- und Bernburger Straße einerseits und Wucherer- und Richard-Wagner-Straße andererseits. Die Arbeiten sollen im kommenden Frühjahr ausgeführt werden, damit die Einrichtung einer Nord-Südlinie von Trotha durch Bernburger, Geist-, Ulrichstraße über den Markt nach dem Steintweg erfolgen kann. Beide Vorlagen passierten ohne Debatte.

Die Arbeiterkarten der Straßenbahn.

Der Magistrat ist dem Beschlusse der Stadtverordneten auf Gleichstellung der Arbeiter- mit den Schülerkarten nicht beigetreten. Wie Stadtv. Manschewski als Berichterstatter ausführte, weil er den entstehenden Einnahmeausfall von 60 000 Mark nicht zulassen kann und weil kein Vergleich möglich sei zwischen dem Arbeiter, der zur Arbeit fährt, die ihm Verdienst bringt, und dem Schüler, der von seinen Eltern erhalten wird. Redner empfiehlt, den Gleichstellungsbeschluß aufzuheben und die Magistratsvorlage restlos anzunehmen.

Stadtv. Spröte führt aus, es sei wohl fraglich, ob der Ausfall so hoch würde. Den Arbeitern müßte man unbedingt Entgegenkommen zeigen. Eine regelmäßige Rückfahrt sei manchem Arbeiter nicht möglich infolge von Besorgungen, Schulbesuch usw., deshalb sei es empfehlenswert, die bisherigen Frühkarten für einmalige Fahrt beizubehalten, etwa zu 8 bis 10 Pf. die Fahrt. Bürgermeister Seydel: Der Magistrat hat geglaubt, den Arbeitern einen Gefallen getan zu haben, wenn er die Arbeiterkarten auch für die Rückfahrt gelten lassen will. Er ist aber bereit, die Anregung Spröte zu erwägen. Stadtv. Gröbel: Der Antrag Spröte ist wohl nicht richtig verstanden worden. Die Frühkarten sollen noch besonders eingeführt werden. Im allgemeinen wollen natürlich die Arbeiter auch für die Rückfahrt von der Arbeit die Bahn benutzen, damit sie recht bald nach Hause kommen, zur Familie, zur Ruhe und zu warmem Essen und damit sie Schuhwerk und Kräfte sparen, die sehr knapp sind heute. Den Ausführungen gegen die Gleichstellung der Arbeiter- mit den Schülerkarten könne er nicht beitreten. Die Arbeit und die Arbeiter gehen vor. Das muß im Entgegenkommen auf der Straßenbahn zum Ausdruck kommen. Die als Ausfall angegebene Zahl enthält wohl eine Null zuviel? (Heiterkeit.) Soviel Arbeiter, wie da auf der Bahn jeden Morgen fahren müßten, gibt es in Halle gar nicht. Die Haltung des Magistrats gegen unseren Beschluß erregt böses Blut. Es kann dazu führen, daß der Frühverkehr überhaupt in Wegfall kommt. Die Arbeiter sagen sich: Wenn man uns in dieser schweren Zeit nicht entgegenkommen will, dann fahren wir überhaupt nicht. Halten wir deshalb den Gleichstellungsbeschluß aufrecht; bei einigermaßen gutem Willen läßt er sich auch durchführen. Bürgermeister Seydel: Unter 60 000 Mk. beträgt der Ausfall keineswegs. Mit drei Millionen Einnahmen rechnen wir, 10 Prozent des Verkehrs geht schätzungsweise auf Arbeiterkarten, um 20 Prog. wollen Sie noch verbilligen, gibt 60 000 Mk. Ausfall. (Große Heiterkeit.) Stadtv. Kühme: Selbst wenn der angegebene Ausfall stimmt, ist er kein Beweis gegen die Auffassung, daß die Preise der Arbeiterkarten zu hoch sind. Bis jetzt zahlt ein Arbeiter für die Frühfahrt 5 Pf., macht im Jahr 15 Mk. Ausgabe. Fährt er zweimal, berausgabt er 46,80 Mk. im Jahr. Für die gleichen Fahrten muß er in Zukunft 62,40 Mk. zahlen, das ist eine Steigerung um 33 Prozent. Nun fahren aber zirka 2000 Arbeiter mehr als drei Teilstrecken, ehe sie zum Ziel kommen; sie müssen also die teurere Karte nehmen, ergibt 83,20 Mark Ausgabe, das sind 80 Prozent mehr als bisher. Das ist entschieden eine zu große Steigerung. Vier Teilstrecken müßten zumindest für den billigeren Satz freigegeben werden. Wenn der Magistrat aber nicht zugestimmt hat, hat es keinen Zweck, nochmal den gleichen Beschluß zu fassen. Die Ausgabe von Frühkarten für 10 Pf. mit unbeschränkter Fahrdauer wäre ein Ausweg. Stadtv. Osterburg: Die Rechnung des Magistrats mag stimmen oder nicht — sie ist ja auch nicht zu Papier gebracht —, jedenfalls soll hier das soziale Moment dem finanziellen untergeordnet werden. Das sollte die Mehrheit der Versammlung nicht zulassen. Unverständlich ist überhaupt, daß bei der Magistrat wagen kann, dem Beschlusse nicht beizutreten. (Der Vorsteher unterbricht den Redner und erklärt seine Worte für unzulässig.) Osterburg protestiert dagegen, der Vorsteher weist ihn auf den Beschwerdeweg. Osterburg (fortfahrend): Das werde ich nicht tun; denn das würde nicht die Wirkung haben, die ich anstrebe. Der Magistrat glaubte, er könnte sich's leisten, unserem Beschluß entgegenzutreten. Ich möchte aber die Arbeitgeber, die in der vorigen Sitzung mit der Mehrheit stimmten, daran erinnern, daß die Arbeitskräfte zar sind, daß ihre Leistungsfähigkeit infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse beschränkt ist, und daß sie aus diesem Grunde alle Ursache haben, dem Beschluß der letzten Sitzung treu zu bleiben. Ich stelle erneut diesen Antrag. Bürgermeister Seydel: Den sozialen Erwägungen haben wir Rechnung getragen mit der Preisermäßigung der Arbeiterkarten um 20 Prozent. Nach kurzer Auseinandersetzung darüber, was eigentlich der Frühkarten-Antrag Spröte-Kühme sagen soll — man einigt sich schließlich auf Gültigkeit über vier Teilstrecken zu 60 Pf. pro Woche — schritt man zur Abstimmung. Der Antrag Kühme-Spröte wird mit großer Mehrheit angenommen; auch für die Magistratsvorlage, also für die Beseitigung des Beschlusses auf Gleichstellung der Arbeiter- mit den Schülerkarten stimmen jetzt alle bürgerlichen Stadtverordneten außer fünf bis sechs Mann, die mit den Arbeitervertretern zusammen sitzen bleiben.

Neubau einer Oberrealschule.

Für den Bauausschuß referiert Stadtv. Gerabehand. Es liegt eine Magistratsvorlage zur Entscheidung vor, die den Neubau einer Oberrealschule im Gelände am Weinberg und die Verwendung der Räume der nach dorthin zu verlegenden Oberrealschule in der Standstraße für die Unterbringung eines zweiten Lyzeums festlegt. Nach langen Erörterungen hat der Haushaltsausschuß sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht. Der Bauausschuß dagegen konnte sich der Einwände gegen die Lösung des Projekts durch die Magistratsvorlage nicht entschließen und kam infolgedessen einstimmig zur Ablehnung. Er glaubt, daß eine Förderung der Bebauung des Weinberg-Geländes durch den Schulbau allein nicht erreicht wird, daß dagegen aber die Frequenz der Schule leiden, die Höhenlage die Baukosten erheblich steigern wird u. a. m. Der Weg von der Stadt bis zum Weinberg ist zu weit, namentlich zur Winterszeit und bei schlechtem Wetter. Gesundheitsschäden werden nicht zu vermeiden sein. Vor zwei Jahren sind die Baukosten geschätzt auf 540 000 Mk., heute wird wohl eine Million nicht ausreichen. Aus alle diesen Gründen trete ich namens des Bauausschusses für Ablehnung der Vorlage ein. Stadtv. Hörold spricht für den Haushaltsausschuß: Im alten Lyzeum sind die Verhältnisse unhaltbar. Ein Teil der Klassen mußte, da es an Räumen fehlt, in andere Gebäude verlegt werden. Die Schülerzahl wird jetzt 1000 überschritten haben. Wir müssen also eine neue Schule bauen. Wohin damit? Die Stadt Halle ist zu klein, im Innern haben wir keinen Platz mehr für den Neubau; deshalb müssen wir sie draußen in Freien errichten. Die Vorlage berührt nicht nur den Schulbau, sondern das ganze Projekt der Besiedelung des Beinberg-Geländes. In Halle kann man sich mit dem Neuen nur schwer befreunden; das Gebiet jenseits der Saale rechnet man nicht zum Stadtgebiet. Wir rechnen aber mit seiner Besiedelung. Wir haben in den Straßenbau viel Geld gesteckt. Der Schulbau aber ist das beste Mittel, die Bebauung anzuregen. Erst war geplant, das neue Lyzeum dort hinaus zu legen; man kam aber ab davon, weil diese Schulanstalt von Mädchen, selbst kleineren besucht wird. Jetzt soll das neue Lyzeum in die Räume der Oberrealschule gelegt und für deren Unterbringung ein Neubau am Weinberg errichtet werden. Es ist bedauerlich, daß sich gegen dieses ideale Projekt Widerwille in der Bürgerschaft geltend macht. Es ist nicht wahr, daß die Schule zu weit vom Stadtinnern abliegen wird. Wir haben ja auch die Führung einer Straßenbahnlinie dort hinaus beschlossen. Da draußen können wir eine allen gesundheitlichen und schultechnischen Forderungen entsprechende Schule bauen, wir können die einheitliche Bebauung fördern und sollten uns diese Möglichkeit zur Förderung der weiteren Entwicklung unserer Stadt im Sinne des modernen Städtebaues nicht entgehen lassen.

In der Debatte beantragte Stadtv. Schulze, die Beschlußfassung über das Projekt drei Monate hinauszuschieben. Dr. Herzau ist gegen die Vertagung. Stellvertr. Vorsteher Roberring: Da die Referenten eine Reihe neuer Gesichtspunkte berührt haben, wird eine zweite Lösung nötig sein, die ich beantrage. Oberbürgermeister Rive: Ueber's Knie wird die Vorlage gewiß nicht gebrochen. Sie stammt schon von 1914. Sie sollte nicht so weit hinausgeschoben werden, daß sie schließlich unmöglich gemacht oder so verschleppt wird, wie das Stadtbad. Die Abstimmung über den Antrag Schulze ergibt dessen Ablehnung mit 19 gegen 17 Stimmen. Dagegen wird der Antrag Föhring auf zweite Lesung mit großer Mehrheit angenommen. Nunmehr wird die sachliche Debatte fortgesetzt. Stadtv. Weschke: Die Vorlage ist zweifellos ein großzügiger Gedanke. Aber vom Weinbergelände trennt die Stadt nicht nur die Saale, sondern auch das Ueberschwemmungsgebiet. Ich halte es für ein großes Risiko, einen solchen Millionenbau in freies Feld zu setzen, wo keine Vorflut, keine Kanalisation, keine Beleuchtung vorhanden ist. Stadtbaurat Rost: Bei einem uns doch klar sein, daß eine öffentlichen Gebäuden führende Bedeutung für die Baukultur zukommt. Der restlose Ausdruck dieses Gedankens ist aber nur möglich, wo offene Bebauung durchgeführt werden kann. Wenn man von anderen Städten nach Halle kommt, hat man das Gefühl, daß wir diese städtebauliche Pflicht vernachlässigen. Auf beschränktem Platz ist das Bauen teurer, als im offenen Gelände. Aus hauptsächlichen Gründen ist die Vorlage zu empfehlen. Stadtv. Dr. Herzau begrüßt die Vorlage, weil der Platz da draußen alle gesundheitlichen Erfordernisse erfüllt. Den Nachwuchs müssen wir gesund erhalten; hierauf ist der Schulweg in freier Natur besser geeignet, als der zwischen den Häusern der Stadt. Daß die Straßenbahnverbindung zum Weinberg gebaut wird, ist selbstverständlich. Stadtv. Mansewitz: Zu prüfen wären noch die Fragen ob die Kräftswiesen Gerüche dort aber belästigend wirken und ob sich das Gebäude der Oberrealschule für die Zwecke des Lyzeums eignet. Die Kosten sind auch nicht unwichtig. Die Vorzüge der freien, gesunden Lage am Weinberg aber wiegen die Nachteile auf. Ein zehn Minuten langer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191809l7-19/fragment/page=0005

der Schulweg kommt nicht in Betracht. Ins Saaletal ist unser liebster Spaziergang; den können wir getrost unseren Kindern zwangsweise verordnen. Halle hat sein bestes Stück jenseits der Saale, deshalb können wir den Schulplatz nur da draußen wählen. Stadtv. Gradehand: Bedenklich ist die Nähe der Schule zur Irrenanstalt Nietleben. Die Entfernung beträgt kaum 500 Meter. Durch die öftere Unruhe in der Anstalt droht der Schule Störung. Stadtbaurat Lammert: Zur Ausführung des Projekts sind alle Vorbereitungen getroffen; für die Kanal-, Straßenausbau- und Verkehrsprojekte sind die Genehmigungen vorhanden oder stehen in Aussicht. Mit dem Bau der Schule kann jeden Tag begonnen werden. Leicht möglich ist auch ihr Anschluß an Kanalisation, Wasser, Licht. Stadtv. Schulze: Die Verlegung der Oberrealschule wird böses Blut in der Bürgerschaft machen. Stadtv. Emmer: Ich und meine Freunde treten stets und gern für die Förderung des Bildungswesens ein. Aber diesen Vorschlägen des Magistrats vermag ich nicht beizutreten. Wenn das Lyzeum jetzt an die tausend Schüler hat und der größere Teil davon wird in der jetzigen Oberrealschule untergebracht, dann werden diese Räume beim Andauern dieser Schülerinnen-Zunahme bald wieder zu klein sein und ein zweiter Neu- oder Anbau wäre notwendig. So machen wir Schulden für Bauten, die nachher ihren Zweck nicht erfüllen. Der Magistrat sollte mit uns zusammen beraten, ob nicht zweckmäßig ein anderes Projekt gemacht wird; vielleicht daß gleich ein genügend großes Lyzeumgebäude geschaffen wird oder die unteren Klassen im alten Gebäude an der Promenade, die oberen im neuen Gebäude am Weinberg untergebracht werden. Die Schulden unserer Stadt sind während des Krieges gewaltig gestiegen; allein 85 Millionen erforderte die Kriegshilfe. Wichtige große Bauten helfen uns weiter und wir wissen noch nicht, wann und wie der Krieg enden wird. Diese Unsicherheit zwingt uns auch zur abwartenden Vorsicht gegenüber dem Schulbauprojekt am Weinberg. Wenn klar zu sehen ist, was wird, dann sind wir mit Freuden bereit — zur Bewilligung selbst von Millionen zumal für das Bildungswesen. Stadtbaurat Jost erwidert Emmer, die Oberrealschule sei mit 300 Schülern, die dort jetzt unterrichtet werden, nicht voll besetzt; sie faßt 700 bis 800 Schüler, genüge also für lange Zeit und eigne sich ausgezeichnet für die Zwecke des Lyzeums. Stadtv. Dr. Scheithauer: Der Bauausschuß hat, wenn er Magistratsvorschläge ablehnt, die Pflicht, eine andere Möglichkeit der Lösung vorzuschlagen. Nach weiteren unwesentlichen Ausführungen wird zur Abstimmung geschritten. Für den Magistratsantrag auf Erbauung einer neuen Oberrealschule am Weinberg und Einrichtung eines zweiten Lyzeums im Gebäude der Oberrealschule, sowie Bewilligung von 3000 Mk. zur Ausarbeitung der Pläne treten rund 15 Stadtverordnete ein, dagegen 17. Die Vorlage ist also in der ersten Lesung abgelehnt.

Damit waren die öffentlichen Verhandlungen zu Ende. Es folgten vertrauliche von kurzer Dauer.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. September 1918

Die Fortschrittler zum Wahlrecht und Frieden.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Halle der Fortschrittlichen Volkspartei tagte am Sonnabend hier in Halle. Nachdem Reichstagsabgeordneter Dove-Berlin die außenpolitische und Landtagsabgeordneter Delius-Halle die innerpolitische Lage in Referaten besprochen hatten, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Vorstand des Bezirksverbandes Halle der Fortschrittlichen Volkspartei erklärt einmütig, daß er nach wie vor an der Friedensentschließung des deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917 betreffend einen Frieden der Verständigung der Völker, festhält. Er fordert die Parteigenossen auf, entschieden gegen das kriegsverlängernde Treiben der Alldeutschen und Vaterlandspartei Stellung zu nehmen, und begrüßt mit Genugtuung die Stuttgarter Rede des Vizekanzlers Payer. Die Ausführungen entsprechen völlig den Absichten der Volkspartei und werden hoffentlich, nachdem sie eine Bestätigung durch den Reichskanzler erfahren haben, zur Wiederherstellung des von allen Völkern so sehr ersehnten Friedens beitragen. Der Vorstand spricht der Parteileitung und der parlamentarischen Vertretung vollste Zustimmung zur bisherigen Haltung aus und ist überzeugt, daß von ihr alles getan wird, einen baldigen, für alle Völker annehmbaren ehrenvollen Frieden herbeizuführen. Hinsichtlich der Wahlrechtsvorlage erwartet der Bezirksverband, in der Erkenntnis, daß die Erringung des gleichen Wahlrechts für Preußen eine der Voraussetzungen für die Erreichung eines baldigen Völkerfriedens ist, daß die Regierung entsprechend den Ausführungen Payers allen etwaigen Verschleppungsmanövern entgegentritt und gegebenen Falles zu einer sofortigen Auflösung des Abgeordnetenhauses schreitet. Nur die möglichst schleunige Auflösung des Hauses bietet die Gewähr, eine geschlossene innere Front, die zur weiteren glücklichen Beendigung des Krieges notwendig ist, aufrechtzuerhalten. Dabei gibt der Vorstand der Erwartung Ausdruck, daß auch auf dem Gebiete des Ernährungswesens alles für eine gleichmäßige und ausreichende Lebensmittelversorgung getan werde. Der Vorstand richtet an die entschiedenen Organisationen die dringende Aufforderung, für den kommenden Wahlkampf alles vorzubereiten und wird seinerseits unverzüglich in Verhandlungen mit den wahlrechtsfreundlichen Parteien eintreten."

In einem besonderen Beschluß wurde gefordert, daß „unverzüglich im Einvernehmen mit der Zentralleitung der Fortschrittlichen Volkspartei unverbindliche Besprechungen mit den wahlrechtsfreundlichen Parteien, d. h. mit den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten Scheidemannscher Richtung, anzubahnen sind, um für die in Kürze zu erwartenden Neuwahlen zum preußischen Landtag im Sinne der Regierungsvorlage eine gemeinsame Kampffront für das gleiche Wahlrecht herzustellen". Es ist ein wenig merkwürdig, die Nationalliberalen so ohne weiteres zu den wahlrechtsfreundlichen Parteien zu zählen, und man möchte dazu einiges sagen, wie auch zu dem Bündnisangebot an die Scheidemann-Sozialdemokraten, denen in unserem Bezirk dies Angebot gewiß nicht unangenehm ist, weil sie mit einer besonderen Aktion ohnehin nur ihre Ohnmacht demonstrieren würden. Aber lassen wir das auf sich beruhen; denn auch die Fortschrittler haben bei uns zulande nicht den Einfluß, den ihr Vorstand mit der großen, wortreichen Entschließung vortäuschen möchte. Immerhin: die Arbeiter, die sich zur unabhängigen Sozialdemokratie zählen, mögen die Tätigkeit der anderen Parteien gebührende Beachtung schenken.

---

* **Prächtige Witterung** erfreut uns seit einigen Tagen. Die Sonne scheint sommerlich heiß; es ist, als wollte der Spätsommer uns entschädigen für das unangenehm naßkalte Wetter des Hochsommers, das uns schon zeitig zu den Herbst- und Winterkleidern greifen ließ und diejenigen bedenklich stimmte, deren Kohlenkeller noch leer ist. Der Reife der Kartoffeln und der Ernte wird das trockene, warme Wetter sehr zu statten kommen; hoffentlich hält es recht lange an. Die Wettermacher sind doch Leute mit seltsamen Ideen. Als wir „Sommerzeit" hatten, war es fast winterlich kalt; jetzt ist seit Montag die „Winterzeit", da ist's draußen sommerlich warm!

* **Die Kartoffelbezugskreise** für die Stadt Halle sind jetzt festgesetzt. Wir verweisen auf die entsprechende Bekanntmachung in dieser Nummer.

* **Hamstern kleiner Lebensmittelmengen gestattet.** In der kürzlich in Erfurt stattgefundenen Besprechung von Vertretern des Generalkommandos und des Kriegsernährungsamtes mit Arbeitervertretern, Bürgermeistern, Landräten, Obmännern usw. brachte Hauptmann v. Heringen, Mitarbeiter im Kriegsernährungsamt, seine Meinung über das Hamstern dahin zum Ausdruck: Wir haben es hauptsächlich auf die großen und kleinen Lebensmittelschieber und Schleichhändler abgesehen, nicht aber auf Leute, die, um sich ihres Hungers zu erwehren, ein Stückchen Butter, ein Pfund Quark, Kartoffeln usw. in kleinen Mengen vom Lande holen. Selbstverständlich werden gerade diese harmlosen „Sünder" auf den Landstraßen am häufigsten abgefaßt. Die Wegnahme solcher Lebensmittelmengen liegt nicht im Sinne des Kriegsernährungsamtes.

* **Die Erhöhung der mitteldeutschen Braunkohlenpreise,** die bereits für den 1. September angekündigt worden war, ist jetzt mit Genehmigung des Ministers nun doch durchgeführt worden. Die Grubenbesitzer haben ihr Schäfchen im Trocknen. Die Preise betragen für 10 Tonnen Naßpreßsteine ab Werk 271 Mark einschließlich Mannigete (vorher 260 Mk.), für 10 Tonnen Briketts 268 Mark (vorher 215,40 Mk.). Hierzu kommen für Haushandlieferung noch 2 Mk. Prämie.

* **Das neugegründete Provinzialmuseum für Vorgeschichte** am Wettiner Platz wird am 9. Oktober feierlich eröffnet werden. Der Landeshauptmann Freiherr von Wilmowski-Merseburg und der Direktor des Provinzialmuseums, Professor Dr. Hahne, werden Ansprachen halten. Im Anschluß daran Führung durch das Museum. Nachmittags von 4 bis 7 Uhr werden wissenschaftliche Vorträge gehalten. Am Donnerstag und Freitag, den 10. und 11. Oktober, finden Führungen und Verhandlungen in engerem fachwissenschaftlichem Kreise im Museum statt.

* **Die Halle—Hettstädter Eisenbahngesellschaft** erzielte im Geschäftsjahr 1917/18 einen Ueberschuß von 353 246 (i. V. 309 592) Mark. Hieraus werden 4 (8½) Prozent Dividende ausgeschüttet, für Erneuerungsrücklagen 49 910 (44 268) Mark, für Vergütung an den Aufsichtsrat wieder 3000 Mark verwendet und 87 850 (78 362) Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr von 874 672 auf 440 610 Mark gestiegen sind. Andererseits haben sich die Betriebsausgaben von 809 616 auf 1 013 965 Mark erhöht.

* **Blumenausstellung.** Die von den Schülern und Schülerinnen der hiesigen Mittel- und Volksschulen gepflegten und mit Preisen ausgezeichneten Blumenstöcke sowie die als Preise beschafften Pflanzen sollen Sonntag, den 22. September, vormittags von 10 bis 1 Uhr, in der Aula der Lalamischule ausgestellt werden. Zur Besichtigung der Ausstellung ladet der Magistrat ein.

* **Der Spielplan des Stadttheaters,** Halle, Dienstag, gelangt Gerhart Hauptmanns Elga zur Aufführung. Mittwoch Hoffmanns Erzählungen, Donnerstag Der Freischütz, Freitag Das Strom von Max Halbe, Sonnabend Tiefland, Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Undine.

* **Hilflos.** Ein 87jähriger Mann wurde auf einer Promenadenbank am Moritzzwinger in hilflosem Zustande aufgefunden und dem Elisabethkrankenhause zugeführt.

* **Aufgegriffenes Kind.** In der vergangenen Nacht wurde ein zehnjähriger auswärts wohnhafter Schüler in der Delitzscher Straße aufgegriffen und dem Kinderheim zugeführt.

* **Verdächtiges Paar.** Ein Mann und eine Frau, die sich nach Fernsprech-Nachricht in mehreren Dörfern in der Nähe der Stadt verdächtig gemacht hatten, wurden gestern abend in der Köthener Straße angehalten. Dem Manne, der eine lebensleute Gans bei sich führte und sich über ihren rechtmäßigen Erwerb nicht ausweisen konnte, wurde diese abgenommen und sichergestellt.

* **Obstdiebe ermittelt.** In den letzten Nächten wurden aus Gärten in der Saalwerderstraße Obst und Gemüse gestohlen. Bei der vorgenommenen Durchsuchung einer Wohnung in der Saalwerderstraße wurden Birnen, Aepfel, Majoran und Kürbisse im Werte von etwa 268 Mk., außerdem Treibriemenleder und ein größeres Rindlederstück gefunden. Während das Obst und die Kürbisse dem Eigentümer zurückgegeben wurden, wurde das Leder zwecks Feststellung des Eigentümers sichergestellt.

* **Ein anderes Diebesnest** wurde in voriger Woche in einem Hause der Felsenstraße entdeckt. Als Täter kommen eine Witwe und ihr Liebhaber in Betracht.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Der Arbeiter-Sängerchor hält diese Woche Singestunde außer der Reihe am Donnerstag abend ab. Wegen wichtiger Vereinsmitteilung wird vollzähliges Erscheinen erwartet.

Stadt-Theater.

Hoffmanns Erzählungen. Das Große und teilweise auch Neue an Offenbachs Opern sind weniger die schönen Melodien und die preisenden Walzer, als das starke Ausdrucks- und Charakterisierungsvermögen, das Hoffmanns Erzählungen im Grunde der modernen Oper anreiht. Und Offenbach charakterisiert nicht nur einzelne Gestalten, vielmehr ganze Akte. Im ersten Bilde, wo alles Interesse sich um den Automaten Olympia versammelt, ist auch die Musik in gewissem Sinne spielerisch, rokokohaft, mit Koloraturen umrankt. Die venezianische Liebesnacht bei der Buhlerin Giulietta ist voll weicher, üppiger, sinnlicher Musik, während die Szene Antonia, wo Hoffmann sich zur wahren Liebe durchgerungen hat, musikalisch eine ganz gewaltige Steigerung zum Menschlich-Echten bedeutet. Wie Hoffmann sich von der Puppe zur Kurtisane und endlich zum schlichten, echten Menschenkinde durchringt, so türmt sich die Musik Offenbachs im vierten Bilde zu ergreifend wahrer Leidenschaft und Innigkeit. Hier erfährt auch die Gestalt des Teufels, der Doktor Mirakel, ihren höchsten und dämonischsten Ausdruck. Diese inhaltliche Steigerung der Oper kam auch bei der gestrigen Aufführung in schönster Weise zur Geltung. Oskar v. Pander hat das Werk mit Liebe und Sorgfalt einstudiert und gab dem Ganzen jenen inneren Trieb, der sich vor allem durch Wärme und Fülle des Ausdrucks bekundet. So klang nicht nur das Orchester voll und warm, sondern auch fast jede Einzelleistung. Dramatisch kraftvoll geriet namentlich das vierte Bild mit seinen prächtigen Terzett. Mit ernstem und gutem Geschmack stellte Leopold Sachse die Bühnenbilder; so waren ihm besonders die venezianische und die Antonia-Szene geglückt. Unter den Einzelleistungen ragte die Fritz Kerzmanns hervor. Stimmliche Kraft und darstellerische Kunst hob die Gestalten des Lindorf, Coppelius, Dapertutto und Mirakel ins Uebermenschliche, Dämonische. Als letzterer wirkte er geradezu wie ein phantastisches Symbol, als leibhaftiger Versucher, als verkörpertes Ehrgeiz, der sich selbst ins Grausige verzerrt. Den Hoffmann sang Dr. Joseph Ramse. Sein weicher, hoher Tenor klang sehr ansprechend und fand auch die Kraft zu leidenschaftlicherem Ausdruck. So sang er vor allem das herrliche Liebesduett mit Antonia sehr schön und innerlich belebt. Die schwierige Koloraturarie der Olympia sang Elisabeth Schwarz mit erreulichem Geschick. Frieda Schmidt war als Antonia vorzüglich. Ihre warme, in Ausdruck und Leidenschaft metallisch glänzende Stimme entfaltete ihre volle Schönheit im Duett und in der inehmitigen Solopartie am Klavier. Der Liebesgesang Hermine Aberts als Giulietta hätte noch sinnlicher, betörender sein dürfen. Unter den zahlreichen anderen Mitwirkenden, die dem Ganzen zu seinem prächtigen Erfolge verhalfen, seien lobend genannt: August Roesler (Spalanzani und Rat Treffel), Katharina Eichenberg (Niklaus), Alfred Lewis (in den drei Dienerrollen) und Kurt Schreiber (Schlemihl). So kam eine durchwegs erfreuliche Aufführung zustande, die denn auch den herzlichsten Beifall hervorrief.

Bekanntmachung.

Nach einer Verfügung des Kriegsministeriums werden vom 1. September 1918 ab die bei dem stellv. Generalkommando bestehenden Durchgasungsgruppen zu Durchgasungen mittels Blausäuregas von Privat-Gebäuden, -Betrieben und Anstalten zwecks Vertilgung von Schädlingen in Mühlen, Kornspeichern sowie von Ungeziefer in Unterkunftsräumen herangezogen.

Etwaige Anträge sind an das stellv. Generalkommando IV. A. K. zu richten.

Magdeburg, den 13. September 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

*1154 Sonntag, Generalleutnant.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten Straussfedern „Brunhilde". Der rein. einzig feine Damenhutputz, Sommer und Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. [*1158

Ich liefere unter Nachnahme in Schwarz und weiss.

Länge ca. 35 cm, Breite ca. 13 cm, nur 3.50
" " 30 " " " 15 " " 4.50
" " 40 " " " 17 " " 6.00

Zurücknahme nach 8tägiger Probe!

Prucht-Katalog. Grösste Auswahl in Straussfedern, Strauss.-Kränze, Halerösch., Reiher, versende an jedermann umsonst.

Ernst Lange, Strausszucht- Spezialhaus. Düsseldorf, Arnoldstr. 21 a.

Kein Ladengeschäft. Versand direkt ab Lager!

Tausendfach lobend begutachtet

Max Zaubitzer,

Roßschlächterei, Steinweg 52. 1960

Mittwoch vorm.: Nr. 301—450.

Es wird gebeten, Papier oder Gefäße mitzubringen.

Ansichts-Postkarten

empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Uhrmacherei, 1911
Friedrichstr. 8, fertigt
Ell- u. Schwer-Reparaturen.

100 Postkarten 3, 4, 5 M.
Blumen-, Kopf-, Landschafts-, Kunst-, Liebeskarten usw. 5 M., Prachtwerk, 7.50 M. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig. [*1106

Möbel, Federbett., Pfandscheine kauft und zahlt angenehmbare Preise [1942
Frau Bernickel, St. Mauritzstraße 6. Tel. 4314, od. Postkarte erb.

Brotkarten-Mappen
zur Aufbewahrung und Schutze der Brot- und Lebensmittel-Karten empfiehlt
Volks-Buchhandlung.
Halle (S.), Harz 42/44.

Möbel-Transporte
sowie Spedition Möbelwagen führt sachgemäß aus 1128
Albert Ackermann, Thomasiusstr. 15. Tel. 5643.

Nach langem schwerem Krankenlager verstarb am 16. ds. Mts., nachm. 2½ Uhr, meine liebe Frau, unsere gute Mutter u. Grossmutter

Mathilde Hinze geb. **Peters**

im 59. Lebensjahre. 1965

Dies zeigt tiefbetrübt an

Bildtier Wilhelm Hinze und Kinder.

3 Söhne im Felde.

Halle, Reilstr. 127, den 17./9. 1918.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. ds. Monats, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Süd-Friedhofes aus statt.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß am 2. September mein jüngster Sohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Ersatz-Reservist 1964

Richard Stertzel,

(Inh. d. Eis. Kreuzes II. Kl.),

kurz vor seinem Urlaub den Heldentod erlitten hat.

Nieder-Seifersdorf, Halle, 16. 9. 18.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Sein letztes Wort: „Auf Wiedersehn, kann niemals in Erfüllung gehn!"

Durch seinen Leutnant wurde mir die kaum zu fassende Nachricht, daß mein geliebter, guter Mann, der treusorgende Vater seiner beiden kleinen Kinder, unser guter Sohn und Bruder, der Former

Hermann Dittmar

(Musketier in einem Ref.-Inf.-Regim.)

am 2. September im Alter von 34 Jahren ein Opfer des Völkermordens geworden ist.

In unsagbarem Schmerze:

Marie Dittmar geb. **Giesa,**

seine beiden Kinder Kurt und Erich,

1955 nebst Mutter und Angehörigen.

Tieferschüttert erhielten wir die schmerzliche Nachricht daß unser lieber, hoffnungsvoller Sohn, der Pionier

Richard Lorenz,

im Alter von 19 Jahren am 3. September 1918, abends 6 Uhr, durch Brustschuß, im Westen den Völkerringen zum Opfer gefallen ist. *1163

In tiefem Schmerz:

Hermann Lorenz u. Frau geb. Liesche, nebst Kinder **Frida** u. **Oswald** u. Angehörige.

Wolfen, 13. September 1918, Gartenstraße.

Du hast so oft an uns geschrieben,
Macht keine Sorgen Euch, Ihr Lieben,
Ich kehr' zurück, auf Wiedersehen!
Doch kamen es nun nicht mehr geschehen!!!
Und sollten die Friedensglocken klingen,
Die Sieger jubelnd in die Heimat ziehn;
Dann werden heißer unsere Tränen fließen
Und traurig werden wir zur Seite stehen.

Ruhe sanft in fremder Erde!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180917-19/fragment/page=0006